

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Besitzer und Chefredakteur:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Sprechrohr: Kurt Döcker 4196/4198



**Anschrift für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin O 3 61, Belle-Alliance-Platz 6  
**Drahtanschrift: Copation**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Juni 1931

Erweitert  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

Spanien vor den Wahlen.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Madrid, 24. Juni (Eig. Bericht)

Am Sonntag soll in Spanien zu den "Cortes Constituyentes", der verfassungsgebenden Nationalversammlung, gewählt werden. Es ist die erste Parlamentswahl seit mehr als acht Jahren. Sie soll entscheiden, wie der spanische Staat in Zukunft aufgebaut werden soll. Dabei ist die Frage "Republik oder Monarchie" nicht mehr zur Debatte gestellt. Die Monarchie ist endgültig erledigt. Es geht nur noch darum, in welcher Form die Republik ausgestaltet werden soll. "Zentralistische oder föderative Republik?" - das ist die eine Frage. "Liberale oder kirchliche Republik?" lautet die zweite. Und "Kapitalistische oder soziale Republik?" die dritte und auf die Dauer sicherlich die wichtigste.

Man darf nicht glauben, dass in dem jetzigen Wahlkampf lebhaft um all diese Fragen gerungen würde. Die republikanischen Parteien gehen in fast allen Provinzen genau so geschlossen in die Wahlschlacht wie sie es am 12. April bei den denkwürdigen Gemeindewahlen taten, deren Ergebnis die Monarchie stürzte. Im August des vergangenen Jahres haben die heute regierenden Parteien den sogenannten "Pakt von San Sebastian" geschlossen, in dem sie sich grundsätzlich über ein gemeinsames Programm nicht nur zum Sturze der Monarchie, sondern auch zum Aufbau des neuen Staates einigten. Bis dieses Programm durchgeführt ist, wollen sie zusammenbleiben. Sie haben aus der Uneinigkeit der republikanischen Parteien in der ersten spanischen Republik der siebziger Jahre gelernt und denken nicht daran, ihren Gegnern ein ähnliches Schauspiel und eine ähnliche Möglichkeit zu bieten, die Reaktion wieder zur Herrschaft zu bringen. Sie sind fest davon überzeugt, dass Kompromisse notwendig sind, und die Handlungen der Regierung sind Kompromisse, die ihre Einigkeit wahren und damit den Bestand der jungen Republik von Tag zu Tag mehr sichern. Ein solches Kompromiss stellt auch die fast überall gemeinsame Benennung der Kandidaten für die kommenden Wahlen dar. Das besagt allerdings nicht, dass nicht doch hier und da trotz der Einheitsfront, trotz der gemeinsamen Liste, auf der Sozialisten und bürgerliche Republikaner aller Verbände stehen, manch scharfes Wort über die heute verbündeten Gegner fiel. Niemand denkt daran, die Regierungsgemeinschaft allzulange fortzusetzen. Am allerwenigsten die Sozialisten, die zweifellos die organisatorisch stärkste aller Parteien bilden.

Schon mehrfach ist aus der sozialistischen Organisation heraus die Ansicht geäußert worden, die Partei müsse sofort nach den Wahlen aus der Regierung austreten und die Stellung einer loyalen Opposition beziehen. Die Anhänger eines Verbleibens im Kabinett bis nach Beendigung der Verfassungsarbeiten haben aber - wenigstens vorläufig - absolut gesiegt. Die Partei weiß sehr genau, dass sie nicht stark genug ist, der kommenden Verfassung den Stempel des in die Praxis umgesetzten sozialistischen Ideals aufzudrücken. Aber sie wird jedenfalls darauf sehen, dass die Türen für eine künftige Ausgestaltung offen bleiben. Bei den Wahlen des nächsten Sonntags werden die Sozialisten voraussichtlich die höchste Abgeordnetenzahl sämtlicher Parteien, d.h. eine relative Mehrheit, erhalten.

Eine absolute Majorität können sie noch nicht erreichen und wollen sie auch nicht ins Parlament bringen. Ihre Organisation ist stark und die Massen stehen hinter ihr. Aber vorerst fehlt es noch sehr an der für eine Regierungsübernahme notwendigen Zahl mittlerer und unterer Führer. Die Organisation hat sich ungeheuer schnell ausgebreitet. Mit ihrem Wachstum vermochte die Heranbildung dieser Führer nicht Schritt zu halten. Bevor sie einmal die Regierung allein übernimmt, muss die Partei diesen Mangel wett machen, muss sie sich einen starken Führerstamm für die Provinz schaffen. Man darf nicht vergessen, dass die Rolle des Berufsbeamtentums in Spanien eine ganz andere, eine viel geringere ist als etwa in Deutschland. Hier wechseln nicht nur sämtliche Provinzgouverneure mit der Umbildung der Zentralregierung, sondern zugleich eine grosse Anzahl niedriger Beamter, die alle von der neuen regierenden Partei gestellt werden müssen. An diesen Kräften fehlt es - wie es übrigens auch den bürgerlichen Republikanern schon fehlte, die früher noch nicht an der Regierung waren und deshalb keine Gelegenheit hatten, zuverlässige Kräfte technisch gut durchzubilden.

Neben dieser grossen Schwierigkeit war noch eine andere Ueberlegung für die sozialistische Parteileitung massgebend, nicht allzuviel Sitze in der Nationalversammlung anzustreben: die Gefahr, dass es unmöglich sein würde, das sozialistische Ideal sofort in die Praxis umzusetzen, und der damit ungeheuer anwachsende Druck der Linken, der Syndikalistens, die Syndikalistens, eigentlich Anarchosyndikalistens, wollen ganz bewusst keine Politik treiben. Sie sind die Männer der "direkten Aktion", die sich um keinerlei Staatsnotwendigkeiten kümmern. Mit diesem völlig negativen Programm ist ihnen die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft sehr leicht gemacht: Würden die Sozialisten nun allein oder ausschlaggebend in der Regierung sitzen und aus Gründen höherer Staatsnotwendigkeit nur verhältnismässig langsam ihre Ideale, die Ideale der Arbeiterschaft, verwirklichen können, dann würden beträchtliche Teile der Massen zu den Syndikalistens überlaufen. Das würde den unbedingten Zusammenbruch des Staates bedeuten und damit die Zurückwerfung der arbeitenden Bevölkerung um Jahrzehnte. Diese Gedankengänge haben auch sozialistische Minister kürzlich in der Oeffentlichkeit angedeutet.

Nachdem aus all diesen Gründen sowohl der Kampf unter den bürgerlich-republikanischen Parteien als auch zwischen ihnen und den Sozialisten für die kommenden Wahlen ausgeschaltet ist, gibt es nur noch eine einzige ernst zu nehmende gegnerische Front: die "Nationale Aktion", eine sehr scharf klerikale und hochkapitalistische Gruppe. Die "Nationale Aktion" kann natürlich in keiner Weise darauf rechnen, eine Mehrheit zu erhalten. Vielleicht siegt sie in zwei oder drei Provinzen des Nordens, in dem alten Gebiet der Carlisten, Navarra und Baskenland. Darüber hinaus wird sie lediglich Minderheitssitze erringen. Nach dem spanischen Wahlrecht werden der Minderheit, soweit sie wenigstens 20 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, etwa ebensoviel Prozent der Gesamtdeputiertenzahl des betreffenden Wahlbezirkes zugesprochen. Das ist eine etwas primitive Form des Verhältniswahlrechtes. Auf Grund dieser Minderheitsstimmen wird die "Nationale Aktion" eine gewisse Opposition im Parlament bilden können. Wesentlich schwächer dürfte die Vertretung der offenen Monarchisten ausfallen. Die "Nationale Aktion", die die vollste Unterstützung der Kirche geniesst, darf man als verkappte monarchistische Partei bezeichnen.

Die Wahl des 28. Juni muss zunächst einmal ein fast einheitliches Bekentnis des Volkes zur Republik bringen. Ferner ist damit zu rechnen, dass die Linke erheblich an Einfluss gewinnen wird. Aus diesem Grunde haben kleine Splittergruppen, wie die Demokraten um Melquiades Alvarez und der alte Fuchs Romanones ihre Kandidaturen überhaupt zurückgezogen. Sie wollten es nicht erleben, in allzu geringer Minderheit zu bleiben. Erst wenn die Wahlresultate bekannt sind, wird die Entscheidung fallen über die künftige Richtung der innerspanischen Politik. Neben der Verfassung stehen dann die wichtigen sogenannten "organischen Gesetze" zur Debatte, die Gesetze, die den Ausbau der Sozialpolitik, die Agrarreform, die Trennung von Staat und Kirche u.a.m. durchführen sollen. Spanien wird mit einem Sprung ein modernes Land. Es will Europa nicht nur einholen, sondern überholen!

-----

SPD. Der Regierungspräsident in Köln hat die zuständigen Bürgermeister angewiesen, in den Städten Königswinter, Honnef und Münstereifel, den Ämtern Godesberg, Königswinter, Jttenbach, Aegidienberg und Oberkassel und den Ortschaften Rodenkirchen und Altenberg bis auf weiteres während der Sommermonate an den Sonn- und Feiertagen und am Vortage ab 12 Uhr politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel nicht zuzulassen.

Der Regierungspräsident begründet diese Einschränkung politischer Kundgebungen in Erholungs- und Ausflugsgebieten zum Wochenende und an Feiertagen mit folgenden Ausführungen: "Wie die Erfahrung lehrt, begründen politische Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in den Erholungs- und Ausflugsgebieten vielfach eine besondere Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dort strömen zum wochenende Angehörige aller politischen Parteien zusammen, sodass Streitigkeiten zwischen den Kundgebern und ihren politischen Gegnern angesichts der politischen Hochspannung kaum zu vermeiden sind. Bei dem grossen Andrang von Fussgängern, Radfahrern und Kraftwagen in den Strassen des Ausflugsverkehrs ist es zudem sehr schwierig, die allgemeine Verkehrssicherheit und den Schutz der Umzüge gleichzeitig zu gewährleisten. Von diesen politischen Gesichtspunkten abgesehen, haben unsere Bürger einen Anspruch darauf, nach der harten Arbeit und Sorge der Woche sich ungestört durch politische Ausschreitungen in der freien Natur zu erholen. Auch dürfen die schweren Schäden nicht übersehen werden, die unsere ohnedies schwer ringenden deutschen Kurorte durch Ausschreitungen irgendwelcher Art erleiden."

-----

SPD. Brüssel, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die belgische Kammer nahm am Mittwoch gegen die Sozialisten und die flämischen Frontpartei die von der Regierung geforderten Befestigungskredite an.

Vor der Abstimmung machte der sozialistische Führer Vandervelde den Vorschlag, angesichts der durch die Botschaft Hoovers geschaffenen neuen Lage die Entscheidung über die Befestigungskredite zu vertagen. Vandervelde nahm gleichzeitig zu dem amerikanischen Vorschlag Stellung. Dieser Vorschlag habe in der ganzen Welt gewaltige Hoffnungen auf Besserungen geweckt. Die öffentliche Meinung der Welt dürfe es nicht zulassen, dass diese Tat des guten Willens durch gewisse Taten des schlechten Willens durchkreuzt werde. Aber die Annahme des Hoover-Planes ohne jede Aenderung habe für Belgien schwerwiegende finanzielle Folgen. Belgien verdiene deshalb infolge seiner besonderen Lage, die sowohl von Deutschland als auch von Amerika stets anerkannt worden sei, eine besondere Behandlung. Man dürfe nicht ausseracht lassen, dass neben dem allgemeinen Abkommen des Young-Planes ein besonderes deutsch-belgisches Abkommen über die Vergütung der in Belgien verbliebenen Papiermark bestehe. Insbesondere in diesem Punkte behalte sich Belgien einen berechtigten Anspruch vor.

Aussenminister Hymans antwortete sofort. Er begrüßte den amerikanischen Schritt als hoffnungsvolle Geste der Solidarität, fügte jedoch hinzu, dass die belgische Regierung ihre Antwort noch nicht fertigstellen können, weil sie sich erst genau über die Folgen des Vorschlages für Belgien klar werden müsse. Hymans unterstrich die Erklärung Vanderveldes, dass Belgien sich in einer besonderen Lage befinde, bekämpfte aber den Vorschlag Vanderveldes, die Militärkredite mit dem Zahlungsaufschub zu verbinden.

Was den Vorschlag Hoovers anbetrifft, so gewinnt man den Eindruck, dass die belgische Regierung ihre Aufmerksamkeit zunächst auf die Rettung der Annuität aus dem Sonderabkommen über die Mark richten wird. Es handelt sich dabei um 21½ Millionen Mark. Selbst wenn es diesen Betrag erhält, würde die Verwirklichung des Vorschlages Hoovers für das belgische Budget noch einen Ausfall von etwa 600 Millionen belgischen Francs (70 Millionen Mark) nach sich ziehen. Man wird versuchen zu retten, was zu retten ist, zumal die Finanzlage Belgiens sehr traurig ist. Es scheint jedoch nicht, dass die belgische Regierung von vornherein jedes Opfer verweigern oder sich einfach in das Schlepptau Frankreichs nehmen lassen will.

-----

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Am 20. Juni dieses Jahres ist die seit längerer Zeit geplante, auf den 4. bis 12. Juli 1931 festgesetzte sogenannte Spartakiade verboten worden, da Artikel der kommunistischen Presse über die Spartakiade es zweifelhaft erschienen liessen, ob die Veranstaltung ihren unpolitischen, rein sportlichen Charakter wahren würde. Nachdem nunmehr der Vertreter des Spartakiade-Komitees, Landtagsabgeordneter Grube, in wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen bestimmt versichert hat, dass für das Spartakiade-Komitee die erwähnten Artikel nicht bestimmend seien und dass sie sich mit ihnen keineswegs identifizieren, ist dem Komitee mitgeteilt worden, dass, sofern nichts eintritt, was dieser Versicherung entgegenstehe, die geplanten sportlichen Veranstaltungen nicht grundsätzlich verhindert werden sollen. Das Komitee hat eine nochmalige ausdrückliche Garantie dafür übernommen, dass die Spartakiade als rein sportliche Veranstaltung durchgeführt wird. Als Sicherung dafür, dass auch in den Ansprachen der unpolitische Charakter gewahrt bleibt, wird das Komitee sämtliche Reden der Polizei im Manuskript vorlegen. Mit Rücksicht auf die neue Sachlage wird nach erfolgter Anmeldung der einzelnen sportlichen Veranstaltungen im Einzelfalle geprüft werden, ob die einzelnen Veranstaltungen sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen (Notverordnung, Bannmeilengesetz usw.) halten."

-----  
SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die französische Antwortnote auf den vorschlag Hoovers, deren Wortlaut im Ministerrat am Mittwoch festgelegt worden war, ist am Mittwoch nachmittag von Ministerpräsident Laval dem amerikanischen Botschafter übergeben und zugleich an den französischen Botschafter in Washington telegraphisch übermittelt worden. Ueber den Ministerrat und den Inhalt der Note macht der "Intransigeant" folgende Angaben: "Die Note hat einen Umfang von etwa vier Schreibmaschinenseiten. Als Unterlage für den endgültigen Wortlaut hat ein Entwurf gedient, der vom Finanzministerium ausgearbeitet und der bereits in der Ministerbesprechung am Dienstag abgeändert worden war. Die Note ist in einer sehr höflichen Form gehalten und lobt die hohen Gefühle, die die Initiative des amerikanischen Präsidenten bestimmt habe. Sie weist dann auf die juristische Seite des Vorschlages hin und legt mit aller Deutlichkeit die beiden Grundgedanken der französischen Haltung dar. Diese lassen sich folgendermassen zusammenfassen: 1. der Youngplan ist vom französischen Parlament ratifiziert worden und kann nicht ohne einen bestimmten Auftrag des Parlaments abgeändert werden. Vor allem darf die wesentliche Unterscheidung zwischen den bedingten und den bedingungslosen Zahlungen von der Regierung nicht ohne weiteres beseitigt werden. 2. Frankreich wünscht, mit allen Mitteln den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und der Welt zu erleichtern. Es würde also damit einverstanden sein, dass Deutschland ihm während eines Jahres keine Zahlungen leistet unter der Bedingung, dass der ungeschützte Teil der Annuität an die BIZ überwiesen, aber nicht in Devisen umgewandelt wird. Die Bank kann diese Summe dazu benutzen, Deutschland und anderen mitteleuropäischen Mächten Kredite zu gewähren."

-----  
SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der auswärtige Ausschuss der Kammer hat sich am Mittwoch eingehend mit dem Hoover'schen Vorschlag befasst. Es wurden zunächst zahlreiche Beschwerden über die Art und Weise laut, in der Hoover seinen Vorschlag übermittelt hat. Dann kam er zu einer Debatte über die Lage in Deutschland, an der u.a. Loucheur, Bergery, Paul Boncour und Grumbach teilnahmen. Alle Redner waren der Ansicht, dass man Deutschland soweit als möglich entgegenkommen müsse. Es herrschte aber auch Einstimmigkeit darüber, dass die ungeschützten Zahlungen im Prinzip aufrechterhalten werden müssten. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. Loucheur ist damit beauftragt worden, einen Bericht über die zu ergreifenden praktischen Massnahmen

auszuarbeiten. Grumbach hat den Auftrag erhalten, den Ausschuss über die Lage in Deutschland zu unterrichten.

Die Radikalen haben sich am Mittwoch nochmals mit der Botschaft des Präsidenten Hoover befasst, ohne jedoch einen Beschluss zu fassen. Die Mehrheit der Fraktion scheint aber gegen ein zu weitgehendes Entgegenkommen in bezug auf die amerikanischen Wünsche zu sein und ihm eine direkte deutsch-französische Aussprache vorzuziehen. Zu dieser Auffassung dürfte die Rundfunkrede des Reichskanzlers Brüning beigetragen haben. Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" in Paris erfährt, scheint man auch im Ausserministerium einer solchen Idee nicht abgeneigt zu sein.

-----  
SPD. London, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Mittwochsitzung des Unterhauses fragte der Führer der Konservativen den englischen Schatzkanzler Snowden, ob er in der Lage sei, nähere Auskunft über die Durchführung der Botschaft Hoovers zu geben. Snowden nahm zunächst Bezug auf die Erklärung MacDonalds in der Montag-Sitzung des Unterhauses und fuhr dann fort:

"Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, um die Schritte zu erläutern, die wir in dieser Richtung zu tun uns entschlossen haben. Je genauer wir die Aktion des Präsidenten Hoover betrachtet haben, umso deutlicher wurde es uns, dass wir uns in ihr eigentliches Wesen zu vertiefen hätten, welches darin besteht, dass diese Deklaration des amerikanischen Präsidenten eine ausserordentlich grosszügige Geste der Vereinigten Staaten darstellt, auf die eine Antwort im gleichen Geiste schuldig zu bleiben jammerschade für Europa wäre. Die Wohltaten, die sie bringen kann, müssten verloren gehen, wenn die durch sie betroffenen Staaten nicht Massnahmen ergreifen würden, um ihr zur sofortigen Wirksamkeit zu verhelfen. Das ist besonders der Fall, soweit es sich um Deutschland handelt, und hierin liegt alles in allem die Hauptschwierigkeit. Wir haben der von der amerikanischen Regierung geäusserten Ansicht zugestimmt, dass keine Zeit mehr mit der Einberufung einer Konferenz zu verlieren ist. Es muss eine raschere Methode gefunden werden, um den Vorschlag der amerikanischen Regierung, die sofortige Suspendierung der deutschen Zahlungen an die Gläubiger-Regierungen, ins Werk zu setzen. Ein Verfahren, das wir bevorzugen würden, wäre, dass die Gläubiger-Regierungen umgehend der Bank für Internationale Zahlungen mitteilen, dass sie mit dem Vorschlag einer Suspendierung aller deutschen Zahlungen für ein Jahr einverstanden sind. Die Entscheidung können wir natürlich nicht allein fällen, und wir erwarten die Erklärungen der anderen Gläubiger-Regierungen. Wir hoffen aber, dass es möglich sein wird, ein Uebereinkommen auf dieser Grundlage so bald wie möglich zu treffen."

Snowden erwähnte schliesslich noch, dass die Arbeiterregierung sich entschlossen habe, den Dominien die zum Teil recht erheblichen Zinsen für die Kriegsschulden zu stunden. Es handelt sich um einen Betrag von insgesamt 11 Millionen Pfund Sterling.

-----  
SPD. Dresden, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Reichspräsident hat den früheren Reichsanwalt und sächsischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Büniger auf Vorschlag der sächsischen Regierung zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt. Büniger ist 61 Jahre alt und war bisher Vorsitzender der volksparteilichen Fraktion des sächsischen Landtags. Bei der Uebersiedlung nach Leipzig wird er sein Mandat niederlegen. Sein Nachfolger ist der extrem rechtsgerichtete Industrielle Syndikus Dr. Bruch-Chemnitz.

-----

SPD. Rom, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die italienische Regierung hat der Botschaft Hoovers am Mittwoch offiziell zugestimmt.

Halboffiziös hatte Italien seine Zustimmung davon abhängig gemacht, dass Deutschland vor allem auf die Zollunion verzichtet. Diese Forderung ist keineswegs fallen gelassen worden. Sie wird wahrscheinlich in den weiteren Mitteilungen wiederkehren, die Mussolini der amerikanischen Regierung "für eine gerechte und praktische Anwendung" des Moratoriums telegraphisch angekündigt hat. Die Forderung ist inzwischen auch den Regierungen in Paris und London zur Kenntnis gebracht worden.

-----  
SPD. München, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Münchener Post" setzt in ihrer Mittwoch-Ausgabe ihre Enthüllungen aus dem Hitlerlager mit der Veröffentlichung eines Briefes des Rememörders Schulz, der nach der Amtsenthebung von Stennes vorübergehend dessen Nachfolger war, fort. In dem Brief heisst es u.a.:

"N.S.D.A.P.

Der Gruppenführer Ost.

Berlin S.W. 48., den 2. Juni 1931.  
Hedemannstr. 10/4 r.

Hochverehrter Führer, lieber Herr Hitler!

Sie haben den Wunsch geäußert, dass ich meinen Vortrag bei Ihnen am 29. Mai in Form eines freimütigen und rückhaltlosen Berichts bringe. Ich komme diesem Wunsch umso lieber nach, als ich Ihres vollsten Verständnisses für meine Beweggründe sicher bin. Insbesondere werde ich die Gefahren aufzeigen, die m.E. die Verwendung sittlich nicht einwandfreier Persönlichkeiten an massgebender Stelle nach sich ziehen muss. Ich lasse die Vorgänge, die zur Rebellion von Stennes geführt haben, ausser acht. Nur soviel will ich hier sagen, dass das scharfe Durchgreifen des Stabschefs Hauptmann Röhm der Berliner Organisation mehr geschadet als genützt hat. Denn die wahren Schuldigen sind heute noch in Amt und Würden. Damit meine ich Dr. Goebbels und dessen Adlatus Dr. Meinzhäuser. Beide haben, wie ich Ihnen bereits aktenmässig belegen konnte, den Hauptmann Stennes vorgeschickt, sich selbst aber geschickterweise im Hintergrund gehalten. Wäre der Aktion von Stennes ein Erfolg beschieden gewesen, so besteht für mich kein Zweifel, dass beide mit fliegenden Fahnen sich auf die Seite von Stennes geschlagen hätten. Frau Dr. Meinzhäuser, mit der ich kurz nach meiner Ankunft in Berlin längere Zeit in Abwesenheit ihres Mannes sprechen konnte, machte mir gegenüber keinen Hehl daraus, dass ihr Mann und Dr. Weissauer, der frühere Verlagsleiter beim Angriff, die Verbindungsmänner zwischen Dr. Goebbels und Stennes gewesen seien. Frau Dr. Meinzhäuser versicherte mir bei dieser Unterredung wiederholt, sie habe ihren Mann schon immer vor dem "Jesuiten" Dr. Goebbels gewarnt. In diesem Zusammenhang sei auch der Ansprache von Dr. Goebbels an die bei Pfühl versammelten Gauleiter von Gross-Berlin gedacht. Bei dieser Gelegenheit erklärte nämlich Dr. Goebbels, dass er nicht daran dächte, dem "schwulen bolivianischen Oberstleutnant" die Berliner SA auszuliefern.

Der Bericht über die von Goebbels, Stennes und Konsorten geplante Aktion stammt von dem sattsam bekannten früheren Führer des Frontbanns Berlin, Hauptmann Röhrbein. Röhrbein ist seit langen Jahren ein persönlicher Freund von Hauptmann Röhm. Als Röhm nach seiner Ernennung zum Chef des Stabes nach Berlin kam, drängte Röhrbein auf alsbaldige Verwendung an leitender Stelle. Inwieweit eine feste Zusage von Röhm damals gegeben wurde, wird einwandfrei nie festzustellen sein. Röhm bestreitet heute, eine solche Zusage in bindender Form jemals abgegeben zu haben. Der Adjutant von Röhrbein, der jetzige Stabschef beim Gausturm Berlin, Karl Ernst hat mir gegenüber die Aeusserung gebraucht, dass Treue ein Röhm unbekannter Begriff sei. Röhm habe nämlich in seiner Gegenwart dem Hauptmann Röhrbein die Uebertragung der Leitung der Führerschule der SA in München fest versprochen, dieses Versprechen aber nie gehalten. Röhm jedenfalls will sich daran heute nicht mehr erinnern. Wie dem auch sei, die Verwendung von Röhrbein an massgebender Stelle wäre eine aufgelegte Katastrophe. In den Berliner homosexuellen Lokalen wie

"Kleist-Kasino", "Internationale Diele" und "Silhouette", in denen Röhrbein Stammgast ist, spricht jeder Strichjunge von den fabelhaften Beziehungen des "Freundes" Röhrbein über Röhm zu Hitler. Als Röhm die beabsichtigte Verwendung von Röhrbein als österreichischen Verbindungsoffizier mit Rücksicht auf seine österreichischen Freunde nicht durchsetzen konnte, verstieg sich Röhrbein zu den masslosesten Drohungen gegen Röhm: Wenn seine Ernennung noch länger auf sich warten lassen würde, dann würde er Röhm in aller Öffentlichkeit bloßstellen. Auch würde er dafür Sorge tragen, dass sein Freund Ernst von seinem Posten als Stabsleiter zurücktrete,

Dieser Ernst ist auch ein Kapitel für sich. Als ich die Leitung von Osaf Ost übernahm, musste ich immer wieder hören, was denn eigentlich die "Frau von Röhrbein", nämlich Ernst, beim Gausturm zu schaffen habe. Auf Anfrage beim Hauptmann Röhm wurde mir bedeutet, dass Ernst ein ausserordentlich befähigter und von ihm besonders geschätzter Mitarbeiter sei. Mir mir später vertraulich mitgeteilt wurde, beruht die besondere Schätzung auf gemeinsamen Erlebnissen in den vorgenannten Lokalen.

Ich habe mich hier absichtlich breiter als tunlich gehalten, um zu zeigen, wie berechtigt meine Bedenken gegen den Stabschef Röhm sind: Immer wieder muss ich hören, dass ein Führer nicht homosexuell veranlagt sein darf. Während meiner Tätigkeit in Berlin sind mehrmals SA-Leute zu mir gekommen, um sich bei mir zu erkundigen, ob die Gerüchte über Röhm, Heines, Ernst u.a. auf Wahrheit beruhten. Ich habe auch erlebt, dass ein SA-Mann den Stabschef Ernst auf Ehrenwort fragte, ob er (Ernst) schwul sei. Ernst schämte sich nicht, in meinem Beisein ein falsches Ehrenwort zu geben. Erregt schon die Verwendung von Ernst als Stabschef allgemeines Kopfschütteln, wie viel mehr muss das für den Chef des Stabes Röhm zutreffen. Ich gebe zu bedenken, dass Hauptmann Röhm aus seiner Einstellung absolut keinen Hehl, sich im Gegenteil darauf etwas zugute tut, seine Aversion gegen das weibliche Geschlecht in aller Öffentlichkeit kundzutun. So hörte ich, wie er am Abend des Gausturmappells im Sportpalast (1. Mai) zu seinem Freunde Dr. Meyer sagte, dass er nun seinen Geschlechtstrieb bei einem allerdings nicht mehr ganz jungen Freunde befriedigen müsse. Er sei todfröh, wenn die ganze Sch... bald vorbei sei. Als ich am darauffolgenden Tage mit meinem Stabschef Krüger in das Hotel Habsburger Hof kam, war dieser Dr. Meyer, von dem ich bislang nie etwas gehört hatte, gerade bei Röhm. Später hörte ich dann von meinem Adjutanten Zimmermann vertraulich, dass Dr. Meyer ein uralter Freund von Röhm und von diesem zu unserer besonderen Überwachung nach Berlin kommandiert worden sei. In dieser Auffassung wurde ich bestärkt, als ich Dr. Meyer nach seiner Tätigkeit beim Gausturm Berlin fragte. Denn eine konkrete Antwort auf meine Frage erhielt ich überhaupt nicht, Meyer beschränkte sich vielmehr darauf, mir vieles, aber nichts zu sagen. Auch Dr. Goebbels und Dr. Meinzhausen liessen bei mir durchblicken dass Dr. Meyer die homosexuelle Linie von München nach Berlin im Auftrage vom Stabschef verlängern helfe. Der Dichter Arnold Bronnen, den ich im Siechenbräu am Kurfürstendamm in Gesellschaft von Hauptmann Petersdorff, Heines, Dr. Goebbels Dr. Meinzhausen und Dr. Meyer kennen lernte, erklärte mir vertraulich, dass er Dr. Meyer als alten Stammgast der "Silhouette" kenne. So oft der Stabschef in Berlin zu tun hatte, war sein Freund Dr. Meyer um ihn herum. Wie mir mein Stabschef Krüger erzählte, hat Dr. Meyer namhafte Geldbeträge beim Gausturm Berlin erhoben und damit seinen Lebensunterhalt und seine wiederholten Reisen nach München bestritten. Zu dem Stabe des Stabschefs gehören die Herren Oberleutnant Keiner und Graf du Moulin. Beide sind homosexuell. Besonders auffallend tritt das bei Du Moulin in Erscheinung, von dem mir einmal Oberleutnant Brückner sagte, dass ihm Du Moulin wegen seiner ausgesprochenen femininen Einstellung der widerlichste Kerl im ganzen Braunen Hause sei. Er habe aber das Glück, einen Universitätsprofessor zum Vater zu haben, der ihn aus einer blamablen Geschichte beim Polizeipräsidium in München herausgerissen habe.

Ich komme nun auf den Teil meines Vortrages zu sprechen, der neulich Jhr besonderes Interesse auslöste, nämlich auf Gregor Strasser. Ich habe schon in Berlin zu wiederholten Malen die Beobachtung machen müssen, dass der Kreis um Dr. Strasser auffallend gut orientiert war. Damals habe ich allerdings nie daran

gedacht, dass diese Quelle direkt zu Gregor Strasser führen würde. Am 26. Mai wurde mir in Berlin ein Originalschreiben von Gregor Strasser an Dr. Strasser zum Kauf angeboten. Ich habe den verhältnismässig hohen Preis von 1500 Mark gezahlt in der Annahme, durch den Erwerb des Briefes den Durchstechereien auf die Spur zu kommen. Wenn auch dieser Brief, den ich Ihnen am 29. Mai einhändigte, keinerlei Anhaltspunkte für meinen Verdacht gegen Gregor Strasser lieferte, so war doch entscheidend, dass die Angaben von Gregor Strasser, er habe seit dem 12. September 1930 mit seinem Bruder völlig gebrochen, auf Unwahrheit beruhten. Es ist zu bedenken, dass diese Kardinallüge, zu deren wiederholter Erklärung für Gregor Strasser absolut kein Anlass bestand, nachdem ja die Aufrechterhaltung familiärer Beziehungen trotz aller politischen Gegnerschaft ohne weiteres verständlich gewesen wäre, die Möglichkeit weiterer Lügen in sich schliesst.

Hochverehrter Führer, lieber Herr Hitler! Auf Ihren Wunsch hin habe ich mich, um mich Ihres Ausdrucks zu bedienen, frank und frei ausgelassen. Es ist mittlerweile so weit gekommen, dass von marxistischer Seite aus die Nachricht kolportiert wird, dass Sie, hochverehrter Führer, auch homosexuell seien. Es bleibt eben breiten Schichten, auch der Intelligenz unverständlich, dass im Braunen Hause weit mehr homosexuell veranlagte Führer sitzen. Auch Leutnant Edmund Heines, mit dem ich in Berlin einträglich zusammengearbeitet habe, steht ja nicht unbelastet da. Allerdings muss ich Heines das Zeugnis ausstellen, dass er in Berlin eine weise Zurückhaltung geübt hat. Jedenfalls hat mir der SS-Oberführer Süd, Dietrich, mit Ausnahme eines Falles, bei dem Hauptmann Röhrbein und Ernst mit Heines eine Orgie gefeiert haben, nichts Nachteiliges über Heines berichtet.

Ich darf, hochverehrter Führer, mit der Bitte schliessen, diesen Bericht vertraulich zu behandeln und erinnere Sie an Ihr Versprechen, davon auch Ihrem Privatssekretär Hess keine Kenntnis zu geben.

Heil Hitler!

gez. Paul Schulz, Oberleutnant a.D."

-----  
SPD. Rom, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die italienische Regierung hat dem Vatikan am Mittwoch eine Note übermittelt lassen, nach der die katholischen Jugendverbände aufgelöst bleiben und der katholischen Aktion jede antifaschistische Tätigkeit untersagt wird. In der Note wird schliesslich noch der Vorschlag des Vatikans, über die unratrrittenen Fragen in direkte Verhandlungen zu treten, angenommen.

-----  
SPD. Brüssel, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch von der belgischen Kammer bewilligten Militärkredite beziffern sich auf 210 Millionen Mark. Die Bewilligung der Kredite erfolgte mit 199 Stimmen gegen 74 Stimmen der Sozialisten und der flämischen Frontpartei.

-----



SPD. Der Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags hat am Mittwoch seine Arbeiten abgeschlossen. Der Ausgang hat bewiesen, dass es einem grossen Teil seiner Mitglieder - nicht nur den Kommunisten und den Nationalsozialisten, sondern auch einer Reihe von Vertretern der bürgerlichen Parteien - weniger um die Feststellung des Tatbestandes als um die Befriedigung ihrer Hetzbedürfnisse gegen den Sozialdemokraten Dr. Baade zu tun gewesen ist.

Es wurde ein Antrag angenommen, der feststellt, dass im Zusammenhang mit der Roggenstützung Korruptionsfälle bei Regierungsstellen nicht vorgekommen sind. Dann fand aber auch ein kommunistischer Antrag eine Mehrheit, der Dr. Baade nachsagt, er habe den Ausschuss durch unwahre Angaben irreführt, habe Bezüge für sich festsetzen lassen, ohne die Regierung darüber zu informieren, und mehrere Monate hindurch die erhöhten Bezüge entgegengenommen. In dem einen Antrag also die Erklärung, dass Korruption nicht vorgekommen sei und in dem andern der Vorwurf der Korruption.

Gegen den kommunistischen Antrag stimmten Sozialdemokraten, Staatspartei=ler, Zentrum und Bayerische Volkspartei, für ihn die Kommunisten, die ihnen verbündeten Nationalsozialisten und Deutschnationalen, ausserdem die beiden volksparteilichen Abgeordneten sowie die Vertreter der Landvolkpartei und des christlich=sozialen Volksdienstes.

Der Vorwurf, Dr. Baade habe den Ausschuss in der Frage seiner Bezüge irreführt, ist durch eine Untersuchung des Reichsernährungsministers vollkommen widerlegt worden. Minister Schiele hat als Ergebnis dieser Untersuchung seinerzeit vor dem Ausschuss erklärt: "Ich habe bei Durchprüfung der Protokolle und in Würdigung des ganzen Sachverhalts keinen anderen Eindruck gewinnen können, als dass Dr. Baade sich pflichtgemäss bemüht hat, die Arbeiten des Ausschusses durch sachliche und wahrheitsgemässe Auskünfte zu unterstützen. Ich möchte noch bemerken, dass, wenn ich im Verlauf der Dinge einen anderen Eindruck erhalten hätte, ich darauf pflichtgemäss als Minister die Schlussfolgerung gezogen hätte".

Dass trotz dieser völligen Klärung des Sachverhalts Nationalsozialisten und Kommunisten ihre Agitationslügen aufrechterhalten und der Deutschnationaler Stubbendorf mit ihnen gemeinsame Sache macht, wird niemanden wunder nehmen. Wenn aber Mitglieder bürgerlicher Parteien unter der geistigen Führung des ehemaligen Staatssekretärs Schmidt (genannt Schweine=Schmidt) den Kommunisten Erfolg=schaft leisten, so zeigt das, wie die Sorge um die Sicherung privatkapitalistischer Profite nicht vor Widersprüchen zurückschreckt und den selbstverständlichen Respekt vor der Ehre und dem guten Namen eines, ihnen wegen seiner sachlichen Stellungnahme persönlich verhassten Mannes in den Wind schlagen lässt.

-----  
SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Draht.)

Die Anregung Brünings in seiner Rundfunkrede, eine ähnliche Zusammenkunft wie die von Chequers zwischen deutschen und französischen Staatsmännern in die Wege zu leiten, hat in hiesigen politischen Kreisen lebhaftes Interesse erregt. Die Regierung hat dazu noch nicht offiziell Stellung genommen. Dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in Paris wurde jedoch erklärt, dass eine solche Zusammenkunft durchaus im Bereich des möglichen liege. Auf jeden Fall würde in politischen Kreisen ein präzise formulierter deutscher Vorschlag für eine deutsch=französische Ministerbesprechung keine ungünstige Aufnahme finden.

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Mittwoch Abend eine Unterredung mit Briand.

-----

## Frankreichs grosse Stunde.

Von Rudolf Breitscheid

SPD. Worte, wie sie der deutsche Reichskanzler am Dienstag abend an Frankreich gerichtet hat, sind der vollen Zustimmung aller Freunde des Friedens und der europäischen Verständigung sicher. Sie atmen denselben Geist, aus denen heraus insbesondere die deutsche Sozialdemokratie in der ganzen Zeit nach dem Kriege das Verhältnis zu Frankreich beurteilt hat und der sie immer wieder veranlasste, die Ueberwindung der deutsch=französischen Spannung in den Vordergrund ihrer auswärtigen Politik zu stellen. Dass der leitende Staatsmann den Entschluss gefasst hat, seiner Ueberzeugung vor aller Welt offen und rückhaltlos Ausdruck zu geben, verdient um so grössere Anerkennung, als er sich damit genau so wie die Sozialdemokratie bei jenen Patrioten, die in Frankreich den hassenswerten Erbfeind sehen, dem Vorwurf des Verrats vaterländischer Interessen aussetzen wird.

Die Rundfunkrede ist ja auch im gewissen Sinne ein Abrücken von denen, die auch in diesem Augenblick die Verlegenheiten, in die Frankreich durch den Hooverschen Vorschlag geraten ist, für ihre Zwecke auszubeuten suchen und die Dinge so darstellen, als ob die Kritik, die man drüben an der Idee des Moratoriums übt, ausschliesslich in politischer Böswilligkeit und dem Wunsche nach der Vernichtung Deutschlands ihren Grund habe. Dieselben Leute, die stillschweigend über den italienischen Versuch hinweggehen, jetzt von Deutschland den Verzicht auf die Zollunion zu erpressen, zitieren mit Eifer jede Stimme des Missbehagens, die in der Pariser Presse laut wird, und tragen dadurch in voller Absicht zu der Vertiefung der Kluft zwischen uns und unserm westlichen Nachbarn bei. Brünnings Verdienst ist es, gezeigt zu haben, dass es bei uns auch andere Auffassungen gibt, und dass er selbst auf der Seite derer steht, die guten Willens sind.

Das deutsch=französische Verhältnis war in der letzten Zeit alles andere eher denn erfreulich. Wir dürfen wohl ohne Uebertreibung sagen, dass seit dem Ruhrkampf das beiderseitige Missbehagen nicht so stark gewesen ist wie in unsern Tagen. Es fehlt das Verständnis und es fehlt das Vertrauen. Dass auf deutscher Seite schwere Fehler begangen worden sind, wird sich nicht in Abrede stellen lassen. Niemand konnte annehmen, dass die Art, wie der Zollunionsplan vorbereitet und eingeleitet wurde, die öffentliche Meinung in Frankreich für uns günstig stimmen werde. Niemand darf erwarten, dass Stahlhelmparaden von dem französischen Volk als Beweis unseres Friedenswillens aufgefasst werden. Gar nicht zu reden von dem nationalsozialistischen Wahlerfolg im vergangenen September. Aber es wäre falsch, die Schuld nur bei Deutschland zu suchen. Frankreich ist für die tiefe Verstimmung in hohem Masse mitverantwortlich. Es hat die Ausschreitungen des deutschen Nationalismus gebucht, aber es hat die ungeheuren und opferreichen Anstrengungen zu seiner Abwehr nicht genügend gewürdigt. Es hat bei dem Widerstand gegen die Zollunion Argumente ins Treffen geführt, die den Eindruck aufkommen lassen mussten, als ob es Deutschland und Oesterreich die Rechte abspreche, die freien und selbständigen Staaten zustehen. Es hat zwar immer wieder von der Notwendigkeit einer Sanierung Europas geredet, aber es blieb dann doch mit verschränkten Armen vor Deutschland stehen, dessen wirtschaftliche Not die grösste Gefahr für Europa bedeutete. Es hat endlich bei dem Zusammenbruch der Wiener Kreditbank eine Politik getrieben, die sich offen gegen das österreichische Selbstbestimmungsrecht richtete und die zum mindesten mittelbar ihre vergiftete Spitze auch gegen Deutschland kehrte.

Mit alledem hat sich Frankreich allerdings selber geschadet. Sein Verhalten rief nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo Unwillen hervor, und eber weil man in Paris kein gutes Gewissen haben konnte, witterte man nun Intrigen und schrieb Deutschland die Absicht zu, an internationalen Verschwörungen zur Isolierung Frankreichs führend beteiligt zu sein. Auch bei der Kritik an der Hooverschen Botschaft klingt dieser unbegründete und törichte Verdacht wieder

mit, und es sind nicht nur die finanziellen Bedenken und die Sorge um die Aufrechterhaltung des Fourplans, die die ablehnende französische Haltung bedingen, sondern im gleichen Masse auch das unbehagliche Gefühl, man sei übergangen worden und habe zugunsten Deutschlands einen Prestigeverlust erlitten.

Brüning bemüht sich, diesen Eindruck zu zerstören und gleichzeitig die ausserordentlich grosse Bedeutung ins Licht zu rücken, die eine Durchführung des Moratoriums für die Wirtschaft der Welt und für die deutsch=französischen Beziehungen besitzt. Ob ihm Erfolg beschieden sein wird? Wir möchten es hoffen. Aber einstweilen sieht es noch so aus, als ob Furcht vor pekuniären Verlusten im Bunde mit verletzter Eitelkeit den klaren Blick der Franzosen trübe und sie daran hindere, einen historischen Augenblick zu erkennen und zu erfassen.

Wir verstehen die Eigenart der Situation, in die Frankreich durch das amerikanische Vorgehen geraten ist. Wir können nicht verlangen, dass es dem Moratorium ebenso begeistert zustimmt wie Deutschland oder auch England. Wir begreifen, dass es nach Möglichkeiten sucht, ohne grundsätzliche Ablehnung des Hoover'schen Vorschlags bestimmte Nachteile von sich fernzuhalten. Aber gerade wir Sozialdemokraten, die wir mit Ernst und ungeachtet aller Angriffe an der Versöhnung gearbeitet haben, dürfen an Frankreich die Mahnung richten, über den Augenblick nicht die Zukunft zu vergessen. Gewiss, es wird benachteiligt. Aber die Schäden, die es erleiden würde, wären noch unendlich viel grösser, wenn Deutschland zusammenbräche und überhaupt keine Zahlungen mehr leisten könnte. Man beruft sich auf die Verträge. Aber was helfen Verträge, wenn die Kraft zu ihrer Erfüllung fehlt?

Was kommen würde, wenn das Moratorium nicht in Wirksamkeit träte, braucht nicht weiter ausgemalt zu werden. Wenn es aber am Widerstand Frankreichs scheiterte, so wäre die Isolierung dieses Landes, von der man bis jetzt fälschlich gesprochen hat, Wirklichkeit geworden, und die deutsch=französische Entspannung, die doch auch von dem französischen Bauer und französischen Arbeiter als Voraussetzung für die Befriedung Europas angesehen werden muss, wäre zur Freude und zum Vorteil der Nationalisten in beiden Ländern verhindert.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist bereits am Mittwoch nachmittag die französische Antwortnote an die amerikanische Regierung überreicht worden. Es ist sicher, dass dieser Bescheid den Ideen der Vereinigten Staaten und dem Wunsche Deutschlands nicht gerecht wird. Aber er kann nicht Frankreichs letztes Wort sein. Wir sagen es offen: wir erheischen von den Franzosen ein Opfer. Doch der Erfolg, der mit diesem Opfer erkaufte werden soll, wird mehr wert sein als 400 Millionen Goldmark und als der Triumph, ein formales Recht gewahrt zu haben. Frankreichs grosse Stunde ist gekommen, die Stunde, in der es eine für die Zukunft Europas und der Welt unendlich folgeschwere Entscheidung zu treffen hat. Es darf sie nicht ungenützt vorübergehen lassen, wenn ihm am Urteil der Geschichte gelegen ist.

---

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat nach Abschluss der Besprechungen mit den Spitzenorganisationen des Baugewerbes sowie der Papiererzeugungs= und Papierverarbeitungsindustrie über die Frage der Arbeitszeitverkürzung zunächst den Erllass einer Verordnung zurückgestellt. Die Parteien sollen erst versuchen, im Wege eines freiwilligen Zusammenwirkens durch Kürzung der Arbeitszeit eine möglichst grosse Zahl von Arbeitslosen der Arbeit wieder zuzuführen, und über das Ergebnis ihrer Verhandlungen in einigen Wochen Bericht erstatten.

Die Arbeitszeitverkürzung ist also zunächst einmal vertagt.

---

# "Aus aller Welt"

## "Grosstadtindianer".

Die "Dorf=Berliner" bauen sich ihre eigene Ferienwelt.

SPD. Eigenartige Vororte hat die Reichshauptstadt Berlin erhalten. Ganz plötzlich sind sie entstanden, jeden Sonntag fahren Scharen von Berlinern hinaus, um sie zu besichtigen. Als krasser Gegensatz zu dem kompakten Häusermeer der Grosstadt sind sie fernab von den Autostrassen und Bahnlinien zu finden. Nur wer auf dem, zwar nicht gewöhnlichen, aber infolge der reizvollen Umgebung sehr lohnenswerten Wasserweg Berlin besucht, sieht sie unter Bäumen gelegen, an den Ufern der Havel und der Seen. Braune Menschen, den Mulatten ähnlicher als Europäern, bevölkern sie; Badehosen und =anzüge sind die ständige Bekleidung dieser "Grosstadt=Indianer".- -

### Die Dorfdemokratie.

Wir kennen sie von unsern Kinderfreunden, Falken und von der Arbeiterjugend, diese grossen Zeltlager, die hier, wenn auch in anderer Form, Nachahmung gefunden haben. Zelt steht neben Zelt an den Ufern der Gewässer. Man hat sich zu Dorfgemeinschaften zusammengeschlossen, die oft 300 und mehr Zelte umfassen. Interessant und für den Staatsbürger lehrreich ist es, den Aufbau und das Leben in diesen "Kleinstgemeinden" kennen zu lernen.

Die befehdete und oft verspottete Demokratie zeigt sich hier, wo der Satz "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" lebendig geworden ist, in ihrem wahren inneren Wert. Jeder einzelne ordnet sich ein im Interesse der Allgemeinheit; und diese Gemeinschaft ist auch eine recht gute staatsbürgerliche Erziehung. Fast nur werktätige Familien und viele, die aus dem Produktions=Prozess ausgeschaltet sind, stellen die Bewohner des Dorfes. Vielen jugendlichen Arbeitslosen, die, zum Feiern gezwungen, in den heissen Strassen der Stadt untätig und ohne Ziel umherlaufen müssen, gibt das freie und doch verantwortungsvolle Leben in der Zeltstadt neue Hoffnung.

### Der Dorfschulze an der Arbeit.

An der Spitze der kleinen Gemeinde steht der von den Bewohnern gewählte "Dorfschulze". Seine "Residenz" ist der Hauptplatz, auf dem auch die anderen "öffentlichen Gebäude" stehen, das Sanitätszelt, das "Einwohner=Meldeamt", auf dem sich neu Zuziehende melden und durch Zeltschein und Personalausweis legitimieren müssen, die Pumpstation - Wasser ist kostbar und muss mit 5 Pfennig für etwa 5 Liter bezahlt werden - sowie die Verkaufszelte. Mit genauem Zelt- und Lageplan versehen, thront in seiner Sprechstunde der Dorfgewaltige auf dem Platz, mit viel Arbeitseifer die "öffentlichen Angelegenheiten" regelnd. Jedes Zelt erhält eine Nummer, die sichtbar angebracht werden muss, so sind kleine Strassen entstanden, die launige Namen erhalten haben. Auf manchem Namensschild findet sich ein "V", das den Bewohner als den gewählten Abgeordneten und Vertrauensmann seines Strassenzugs kennzeichnet.

### Harte und weniger harte Nüsse...

Vor allem gilt der Kampf dem ruhestörenden nächtlichen Lärm, Grammophon darf nur bis 10, am Sonnabend bis 12 Uhr nachts gespielt werden, eine Verlängerung dieser "Polizeistunde" ist, so verkündet kategorisch das Dorfgesetz, ausgeschlossen. Weiter wird jedem Bürger grösstmögliche Sauberkeit zur dringenden Pflicht gemacht. Ein besonderes Kapitel bildet die Politik im Dorfgesetz. Parteitagitation ist verboten, Parteifahnen dürfen nicht gezeigt werden, erlaubt sind nur Sportvereinsfahnen und natürlich die schwarz=rot=goldenen Farben der Republik. Für Streitigkeiten ist der Dorfschulze als "Schlichter" bestellt,

nur Familien=Zerwürfnisse müssen selbst geregelt werden - wahrscheinlich ist diese Nuss zu hart um geknackt zu werden. Wer sich den Bestimmungen widersetzt wird aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Diesen "Verbannungsspruch" fällt ein Gericht, das sich aus dem Dorfschulzen und drei Beisitzern besteht. - Eine Feuer glocke ruft bei Gefahr alle männlichen Bewohner zur gemeinsamen Hilfeleistung.

#### Die neue Gemeinschaft.

Und nun die Zelte selbst. Vom einfachsten bis zum komfortabelsten sind alle Spielarten vertreten. Manche "Dörfler" haben ihr "Grundstück" mit wirklicher Liebe aufgebaut. Kleine Gärtchen, durch Zäune vor Beschädigungen geschützt, erhöhen die Behaglichkeit; Liliput=Gardinen hängen an Liliput=Fenstern. Einige haben sogar Wohn-, Schlaf- und Kochzelte, doch sind diese "Grossbesitzer" recht selten. Sehr beliebt ist jener Kluge, der den Anschluss an die Zeit nicht versäumen wollte und eine Radioanlage eingerichtet hat. Bei ihm finden sich alle Hörfreunde zusammen.

So bauen sich die Menschen der Grossstadt, trotz Arbeitsnot und Entbehrungen aller Art, für Wochen ihre eigene, menschenwürdigere Welt. Eine Welt, die den obersten Grundsatz allen Fortschritts erkannt hat: Freiheit.

+ + +

Ein "einnehmender" Kassierer. Der Kassierer der Amtssparkasse der Stadt Osterholz=Scharmbeck bei Bremen ist unter Mitnahme grösserer Beträge ins Ausland geflüchtet. Die Unterschlagungen bewerkstelligte der ungetreue Beamte, indem er auf Zahlkarten die Nullen fortstrich und den dann verbleibenden Restbetrag für sich "vereinnahmte." So hat er in den letzten Tagen noch eine Zahlkarte, die auf 15 000 Mark lautete, auf 1500 "reduziert". Auch unterschlug er grössere Barbeträge.

+ + +

Der Irrsinn des § 218. Vom grossen Schöffengericht in Frankfurt/Main wurde ein Arzt wegen vollendeter und versuchter Abtreibung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einer armen Hausangestellten, die verzweifelt zu ihm kam einen "verbotenen Eingriff" vorgenommen hatte. Dem Arzt soll nach Verbüssung von 3 Monaten der Rest der Strafe bedingt erlassen werden.

+ + +

Planmässiger Mordüberfall. Die Ermittlungen der Berliner Polizei haben ergeben, dass der Hakenkreuzüberfall in der Mittwoch=Nacht in der Lützowstrasse planmässig von den Nationalsozialisten organisiert worden ist. Die Nazis hatten sich in ihrem Sturmlokal, dem berühmten "Afrikakasino" versammelt und dann auf der Strasse dem nichtsahnend vorüberkommenden Reichsbannerleuten aufgelauert. Bei diesem Ueberfall wurden zwei Reichsbannerkameraden so schwer verletzt, dass sie am Mittwoch=Nachmittag noch nicht vernehmungsfähig waren.

+ + +

Ein Todesurteil. Vom Schwurgericht Memmingen im Allgäu wurde der Käser Hermann Kutter, der im Dezember vorigen Jahres, um in das Besitztum seines Onkels zu gelangen, dessen Haushälterin und ihren Sohn getötet und den Onkel selbst schwer verletzt hatte, zum Tode verurteilt.

+ + +

Fahrlässigkeit. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat gegen den Malermeister, der am Abend vor dem verhängnisvollen Brand des Glaspalastes Malerarbeiten ausführte, ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Brandstiftung eingeleitet. Ein Gutachten des gerichtlich=chemischen Instituts hat festgestellt, dass der Brand durch Selbstentzündung von Nesselstoffbüschen entstanden ist, die mit Firnis und Terpentinöl getränkt waren. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat sich der Malermeister durch das Herumliegen dieser Tücher in feuergefährlicher Umgebung einer groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht.



## Hooverplan und Sachleistungen.

---

SPD. Durch das Hooversche Projekt wird die Frage aufgeworfen, was aus den deutschen Sachlieferungen wird.

Bis zur Einführung des Youngplans wurde ein beträchtlicher Teil der deutschen Reparationszahlungen durch Sachlieferungen bestritten. Der Youngplan hat die Sachlieferungen eingeschränkt. An sich soll das System der Sachlieferungen nur noch für einen Zeitraum von 10 Jahren aufrecht erhalten werden. Daneben bestimmt der Plan eine Einschränkung der Lieferungen. Immerhin hatten sich die wirtschaftlichen Beziehungen auf Grund der Sachlieferungen so sehr eingespielt, dass noch im ersten Jahr des Youngplanes die Sachleistungsbeiträge beträchtlich überschritten wurden und die an den Sachlieferungen beteiligten Länder, Frankreich, Italien, Jugoslawien und Belgien, einen Teil ihrer Barquote für Sachlieferungen verwandten.

Im laufenden Jahr ist nun allerdings ein starker Rückgang der Reparations-sachlieferungen festzustellen. Von Januar bis Mai betrug die auf Reparationskonto gehenden Ausfuhren 215 Millionen Mark, sodass das Sachlieferungskontingent für das zweite Jahr des Youngplans mit insgesamt 440 Millionen, von denen 300 Millionen auf Frankreich, der Rest zu etwa gleichen Teilen auf Jugoslawien, Italien und Belgien entfallen, kaum nennenswert überschritten werden dürfte.

Im Youngplan war vorgesehen, dass auch im Falle eines Transfermoratoriums die Sachlieferungen unter Anrechnung auf die aufschiebbare Annuität weiterlaufen sollten. Nun liegt dem Hooverschen Schuldenplan die Idee zugrunde, dass alle geldmässigen Schuldentilgungen auf ein Jahr aufgeschoben werden sollen. Es entsteht also zunächst ein Vakuum für die Begleichung der Sachlieferungen.

Wir glauben aber, dass angesichts der Struktur des Sachlieferungsgeschäftes hier keine plötzliche Unterbrechung eintreten kann. In der Zusammensetzung der Sachlieferungen ist im Verlauf der letzten Jahre eine wesentliche Veränderung eingetreten. Während früher das Hauptkontingent der Sachlieferungen industrielle Roh- und Halbstoffe waren - Kohle, Holz, Zellstoff, Papier, Stickstoff, Farben usw. -, liegt heute das Schwergewicht der Reparations-sachlieferungen auf der Durchführung langfristiger grosser öffentlicher Arbeiten bezw. der Lieferung und Montage von Maschinen, elektrotechnischen Installationen u.a.m. Der Reparationsagent erwähnt in seinem Schlussbericht, dass neue Verträge über öffentliche Arbeiten und grosse Installationen von Frankreich im Werte von rund 270 Millionen, von Jugoslawien im Werte von 30 Millionen abgeschlossen wurden. Dabei handelt es sich zumeist um langfristige Durchführungen z.B. die Anlage neuer Kohlenschächte und Ausrüstung von Steinkohlenbergwerken in Lothringen durch deutsche Firmen, Hafenbauten in Marseille, Bordeaux, Le Havre und in den französischen Kolonien, Weiterführung der Kanalisierung der Mosel und Elektrifizierungsarbeiten, in Jugoslawien um grosse Brückenbauten und Lieferungen für den Ausbau des Transportwesens. Alles das sind Arbeiten, die nicht plötzlich unterbrochen werden können, sondern auch im Interesse der französischen Auftraggeber innerhalb des festgelegten Bauplans beendet werden müssen.

Dass bei diesen sogenannten aussergewöhnlichen Verträgen auch während des Moratoriumsjahres eine plötzliche Unterbrechung ausgeschlossen ist, darüber

kann wohl kein Zweifel bestehen. Aber auch die laufenden Warenlieferungen, die auf Reparationskonto gehen, sollten weitgehend mit Rücksicht auf die Kontinuität der einmal eingespielten Wirtschaftsbeziehungen aufrecht erhalten werden. Hier handelt es sich vor allem um Brennstofflieferungen, Fahrzeugbeschaffung, Lieferung von Maschinen, chemischen Stoffen usw., die auf Grund langwieriger Gepflogenheiten auf Reparationskonto geliefert werden. Die ursprünglichen Zwangslieferungen, jetzt auf Grund von privaten Abkommen geregelten Kohlenlieferungen auf Reparationsrechnung sind zwar allmählich stark zurückgegangen; es dürfte sich immerhin aber hier noch insgesamt um Lieferungen von etwa 4 Millionen Tonnen handeln, für die feste Abnahmeverträge bestehen. Ein Fortfall dieser Lieferungen würde die Absatzkrise des deutschen Bergbaus verschärfen. Es ist zwar richtig, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Sachlieferungen ohnehin fortbestehen würde, da die betreffenden Waren von Frankreich benötigt werden. Immerhin ist zu berücksichtigen, dass die Reparationslieferungen gewisse Erleichterungen genießen - Zollermässigungen, erleichterte Finanzierung durch französische Kredite -, eine plötzliche Störung dieses Mechanismus des Sachlieferungsgeschäftes würde für Lieferanten wie Abnehmer nachteilige Folgen haben.

Es sollte daher ein Ausweg gesucht werden, der eine Unterbrechung der reinen Warenlieferungen auf Reparationskonto verhindert. Es wäre denkbar, dass diese Lieferungen während des Ferienjahres durch Vereinbarungen mit den Bestellern auf rein kommerzielle Lieferungen umgestellt werden oder, wenn hier und da einer solchen Umstellung Schwierigkeiten entgegenstehen sollten, dass die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, zu deren Aufgabenkreis ja auch die Erschließung neuer Märkte gehört, vorübergehend etwa erforderliche Kredite zur Finanzierung bereits vergebener Reparationsbestellungen gewährt.

SPD. Die Spitzenverbände der Bauunternehmer veranstalten gegenwärtig in Berlin eine sogenannte 6. Deutsche Bauwoche, die sie zu einer grossen Kundgebung ausnutzen.

Nach einer für die Arbeitgeber profitreichen Sonderkonjunktur in den Jahren 1927 bis 1930 ist das Baugewerbe jetzt viel stärker als andere Produktionszweige von der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen, deren Auswirkungen durch den starken Abbau der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau und durch den Rückgang der Aufträge der öffentlichen Hand ungeheuer verschärft werden. Die Hauptlast der katastrophalen Lage trägt die Bauarbeiterschaft, von der nach den gewerkschaftlichen Statistiken zurzeit, mitten in der Bausaison, rund 55 % erwerbslos sind. Aber auch die Unternehmer, bei denen sich die Konkurse häufen, suchen nach einem Ausweg aus der Krise. Sie halten - durchaus zu Recht - "die auf eine Drosselung der Bautätigkeit zielenden Massnahmen der Behörde im Interesse der gesamten Volkswirtschaft für verfehlt". In einer allgemeinen Entschliessung erklären sie: "Ein schaffendes Baugewerbe bringt die Arbeitslosen von der Strasse, erhöht das Volkseinkommen und damit das Steueraufkommen, stärkt die Kaufkraft der breiten Massen und übt eine belebende Wirkung auf die Wirtschaft aus". Auf der andern Seite verlangen sie "Rückkehr zur Wirtschaftsfreiheit" und begrüssen die Schritte der Regierung, die "die vollkommene Rückführung des Wohnungswesens in die Privatwirtschaft zum Ziele haben". Da aber "andernfalls das Privatkapital sich mangels Rentabilität nicht dem Wohnungsbau zuwenden wird", wünschen sie den gänzlichen Abbau der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau erst nach der dringend geforderten Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und der Beseitigung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich. (Hauszinssteuer), durch das ja die Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Sie gestehen also ein, dass das Privatkapital ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand bei den heutigen Zinsbedingungen und Baukosten nicht in der Lage und willens ist, Wohnungen in ausreichender Anzahl zu bauen,

und proklamieren zugleich die Rückkehr zu den "privatkapitalistischen Methoden des Wohnungsbaues", dessen steinerne Zeugen die Mietskasernen der Vorkriegszeit sind. Das ist eine Logik, die sich ein Unternehmiergehirn zusammenreimen mag!

Der reaktionäre wohnungspolitische Wunschzettel der Bauunternehmer - u.a. Beseitigung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes - wird durch ihre sozialpolitischen Forderungen würdig ergänzt. Sie verlangen eine "sinnvolle Tarifvertrags- und Sozialpolitik", deren Sinn darin besteht, von der "Arbeitnehmerseite die Aufgabe ihres Festhaltens an ihren starren Grundsätzen, besonders in der Lohnpolitik, der Arbeitszeitfrage und im Sozialversicherungswesen zu fordern" und der Reichsregierung eine Verschärfung der Notverordnung vom 5. Juni in Richtung eines beschleunigten Abbaus der Leistungen in der Unfallversicherung naheulegen.

Besonders muss vermerkt werden, dass der Leiter des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Wagemann, das reaktionäre Programm der Bauunternehmer durch ein Referat "wissenschaftlich" zu stützen versuchte, indem er die Arbeitslosigkeit unter der Bauarbeiterschaft auf die Erschöpfung der Wohnungsbaukapitalien durch Uebersteigerung der sozialpolitischen Massnahmen zurückführt.

Den reaktionären Forderungen der Arbeitgeber im Baugewerbe setzten die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften ihr Programm der Erhaltung des Mieterschutzes und einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung durch ausreichende öffentliche Mittel, insbesondere für den Wohnungsbau, entgegen.

-----

SPD. Der Nordstern-Versicherungskonzern ist durch seine gewaltigen Verluste bei der Fusion mit dem zusammengebrochenen Versicherungskonzern Vaterländische und Rhenania in eine schwere Krise geraten. Diese Krise ist noch immer nicht bereinigt. Der Nordstern-Konzern erhoffte ursprünglich eine Bereinigung durch stärkere Anlehnung an den Versicherungskonzern Aachen-München-Colonia und durch die Auflösung stiller Reserven. Bei der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Nordsternkonzerns stellte sich aber heraus, dass die Verhandlungen mit dem Aachener Konzern noch zu keinem Abschluss geführt haben, vor allem deshalb, weil noch Meinungsverschiedenheiten über die Neubewertungen bestehen, d.h. über die Höhe der stillen Reserven, die noch aufgelöst werden können. Hier wollte der Nordsternkonzern offenbar viel zu optimistische Bewertungen vornehmen. Da der Nordsternkonzern damit gegenüber seinen Verhandlungspartnern nicht durchdringt, wird nichts anderes übrig bleiben als eine Zusammenlegung seines Kapitals. Geplant ist eine Zusammenlegung im Verhältnis von 2:1. Im Interesse der Versicherten ist zu hoffen, dass die notwendigen wenn auch für die Beteiligten schmerzlichen Entschlüsse bald gefasst werden, damit nicht noch weiteres Unheil durch die Weisheit der kapitalistischen Wirtschaftsführer angerichtet wird.

-----

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 15. bis 20. Juni 1931 auf 73,1 gegenüber 73,2 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 66,2 (65,1), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 63,5 (63,7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 96,1 (96,9).

Durch die Kurssteigerungen an der Montagbörse hat sich der Aktienindex stark erhöht. Er stellt sich für den 22. Juni 1931 auf 78,3 und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 73,7, Gruppe Verarbeitende Industrie auf 68,1 und Gruppe Handel und Verkehr auf 100,0.

-----



Folgen der Diskonterhöhung.  
 (Berliner Getreidebörse vom 24. Juni.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt sich am Mittwoch das Geschäft in engem Rahmen. Die teuren Geldverhältnisse und schwächeren Auslandsmeldungen hemmten die Aufnahmelust. Dazu kommt, dass den Berliner Mühlen ein grösseres Kontingent zur Herstellung von verbilligtem Roggenmehl zur Verfügung gestellt worden ist. Am Promptmarkt war das Angebot in altem Roggen und Weizen gering. Für Weizen lauteten die Gebote etwas niedriger, während Roggen ziemlich unverändert war. Getreide aus neuer Ernte gab in den Preisen etwas nach. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte lagen die Weizennotierungen bis 2¼ Mark und die Roggennotierungen etwa 1 Mark schwächer. Hafer war ausreichend angeboten. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte bräkelten die Preise bis zu 2 Mark ab und auch die Promptpreise lauteten etwas niedriger. Am Mehlmarkt machte sich Nachfrage nach Roggenmehl, vor allem in verbilligten Qualitäten bemerkbar, während Weizenmehl weiter ruhig lag Gerste still.

	<u>23. Juni</u>	<u>24. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	272 - 274	273 - 275
Roggen	211 - 213	211 - 213
Futter- und Industrieroggen	188 - 203	185 - 200
Hafer	171 - 175	169 - 173
Weizenmehl	32,00 - 37,50	32,00 - 37,40
Roggenmehl	28,75 - 31,25	28,75 - 31,75
Weizenkleie	13,50 - 14,00	13,50 - 13,75
Roggenkleie	12,50 - 12,75	12,25 - 12,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 278-279½ (Vortag 280¼) September 235½-236 G. (237¼), Oktober 236¼-236½ G. (237¼) Roggen Juli 200½ plus G. (201½) September 187¼-188 (188), Oktober 188-188¾ (188¾), Hafer Juli 179-180 (180½) September 156½-157½ (158) Oktober 156½-157½ (158½).

SPD. Das Reichsfinanzministerium hat jetzt die Durchführungsbestimmungen zur Krisensteuer erlassen. Die wichtigsten dieser Bestimmungen, soweit sie sich nicht schon aus dem Wortlaut der Notverordnung ergeben, sind folgende: Der Krisenlohnsteuer sind ausser dem Arbeitslohn auch Abfindungen unterworfen, die bei Aufgabe einer Tätigkeit vom Arbeitgeber gezahlt werden, ferner Gratifikationen, Tantiemen und ähnliche Zuwendungen. Für solche einmaligen Einnahmen werden verschärfte Sätze vorgeschrieben (für einmalige Einnahmen bis 1 000 Mark 1½ Prozent). Dagegen unterliegen Aufwandsentschädigungen nicht der Krisenlohnsteuer, soweit sie als solche vom Finanzamt anerkannt sind, ebenso bare Auslagen, Reisekosten und Tagegelder, die vom Arbeitgeber besonders ersetzt werden. Ist ein Arbeitnehmer bei verschiedenen Arbeitgebern lohnsteuerpflichtig beschäftigt, so wird die Krisenlohnsteuer für jedes Dienstverhältnis gesondert berechnet, woraus sich unter Umständen Milderungen in den Sätzen ergeben können.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Berliner Grosshandelsnotierungen für Speisekartoffeln (RM für 50 kg) vom 24.6.: Gelbfleischige Speisekartoffeln 5,35-5,65 (Vortag 5.30-5.60) weisse 3,05-3,40 (2,95-3,15), rote 3,50-3,85 (3,40-3,75) blaue 3,70-4,00 (3,60-3,90). Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüsse von mindestens einer Waggonladung.



## Hornberger Schiessen?

### Zur Arbeitszeitverkürzung.

SPD. Bei den zur Zeit im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit scheint nicht viel herauszukommen. Die Regierung macht um die entscheidenden Punkte: Lohnausgleich und Einstellungszwang einen grossen Bogen. Sie will das Knacken dieser beiden Nüsse den Verhandlungen der Parteien überlassen. Diese sollen die Hauptstreitpunkte durch Vereinbarung lösen. Da die Arbeitgeber aber von einem Lohnausgleich nichts wissen wollen und vor dem Wort "Einstellungszwang" sich wie vor dem Gottseibeius bekreuzigen, ist absolut nicht zu erkennen, wie es zu einer vernünftigen und zweckmässigen Lösung des Arbeitszeitverkürzungsproblems kommen soll.

Die Arbeitszeitverkürzung sollte - manche Leute scheinen das schon ganz vergessen zu haben - zur Entlastung des Arbeitsmarktes dienen. Ohne jeden Einstellungszwang wird eine solche Entlastung kaum sichtbar werden. Die Arbeitgeber beteuern auch jetzt wieder, sie würden schon damit ein grosses Opfer bringen, wenn sie auf weitere Entlassungen verzichten, und die Regierungsvertreter meinen, ein Einstellungszwang per Verordnung sei nicht gut möglich, da die Regierung nicht jeden einzelnen Betrieb fortlaufend kontrollieren könne. Die Regierung will also an das heisse Eisen nicht ran und die Arbeitgeber sind nach wie vor bockbeinig.

Unter diesen Umständen müsste eine Verordnung, die vielleicht die 42-Stundenwoche für einige Berufsgruppen vorsieht, praktisch auf einen neuen Lohnabbau hinauslaufen. Wenn nur das der Zweck der Uebung sein soll, dann kann den Arbeitern die ganze Arbeitszeitverkürzung gestohlen bleiben. Ein neuer Lohnabbau - ausgerechnet jetzt, wo durch die Hooveraktion wenigstens eine gewisse Beruhigung und Festigung psychologisch vorbereitet worden ist? Was wir brauchen - dringend brauchen ist ein radikales Ende des Lohnabbaus, und man sollte erwarten, dass nach der Hooveraktion endlich dieses Ende herbeigeführt wird. Die Notverordnung hat den breiten Massen derartig zugesetzt, dass ein neuer wenn auch mit Arbeitszeitverkürzung verbundener, Lohnabbau einfach nicht zu ertragen ist. Wenn auch einige Härten der Notverordnung gemildert werden, sie bleibt dann immer noch eine furchtbare Last. Oben aufpacken und unten wegnehmen - das hält auch nicht der geduldigste deutsche Arbeiter aus. Auch der Angestellte ist gegen eine 40-Stundenwoche, die nur auf Kosten seines Geldbeutels durchgeführt werden soll. Arbeitszeitverkürzung ja, aber auf Kosten des Lohnes - auch heute noch, nach der Notverordnung? Unmöglich. Die Lohnfrage spielt, wie die Dinge jetzt liegen, in der Arbeitszeitverkürzung die entscheidende Rolle. Das Lohn- und Gehaltsniveau auf Armenunterstützung herabsinken zu lassen und das ohne Gewähr, dass Arbeitskräfte wirklich neu eingestellt werden - das wäre gemeingefährliche Narrheit, aber nicht Sozialpolitik.

Arbeitszeitverkürzung - sie war von allem Anfang an für die Regierung nichts anderes als Bluff. Das Gutachten der Braunkommission hat in der Arbeitszeitverkürzungsfrage den Pelz gewaschen, ohne ihn nass zu machen, und der Reichsarbeitsminister hat durch seinen Lohnabbau bereits vor Monaten die Chancen, durch Arbeitszeitverkürzung etwas zur Lösung des Arbeitslosenproblems beizutragen, fast zerstört, bevor noch die Notverordnung da war. Jetzt - nach der Notverordnung - muten Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen auf der von der Regierung gezimmerten Plattform, d.h. ohne Sicherung des Lohnausgleichs und der Neueinstellung von Arbeitskräften uns an wie das Hornberger Schiessen.

SPD. Auf dem Hamburger Verbandstag der freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner wurde am Mittwoch die Aussprache über den Geschäftsbericht abgeschlossen. Der Vorsitzende Scheffel betonte in seinem Schlusswort, er freue sich, dass die Aussprache den klaren Beweis der Ueberzeugungstreue und Opferwilligkeit der Eisenbahner erbracht habe. Die Hauptaufgabe des Vorstandes sei der Kampf gegen die Not der Kollegen. Dabei müsse natürlich die Zahlungsfähigkeit der Reichsbahn berücksichtigt werden. Ob die Invalidenversicherung im Verband zur Einführung kommen soll, hätten die Kollegen zu entscheiden mit der Festlegung der grossen Beiträge, die dann gezahlt werden müssten. Das Schlichtungswesen sei kein Idealzustand, aber es sei heute besser, für seine Erhaltung einzutreten, als es zusammen mit den Arbeitgebern zu zerstören. Für die 40-Stundenwoche in einer sozial erträglichen Form müsse auch der Eisenbahner eintreten. Erfreulich sei der Geist, der die Organisation belebe, und es werde die Zeit kommen, wo der Vorstand zur Offensive aufrufe. Die Organisation stehe fest und werde nach der Krise glänzend aufsteigen. Der Wille zur Einigkeit und die Bereitschaft zur Solidarität führe die freie Eisenbahnerbewegung.

Naphtali sprach über den "Weg von der kapitalistischen zur Gemeinwirtschaft". Der Redner gab eine anschauliche Darstellung von den gegenwärtigen Machtverhältnissen: Defizit in der Reichsbank bedeutet Abhängigkeit vom Kapital, bedeutet Kampf gegen die Gemeinwirtschaft. Das Wirtschaftsprogramm der Nazis besagt weiter nichts als Druck von Kassenscheinen und damit Inflation. In den heutigen schlechten Zeiten ist es sehr verführerisch, den Massen zu sagen, bessere Zukunft sei bedingt durch eine bessere Technik des Geldes. Eine ökonomische Revolution kann sich nicht durch Dekret vollziehen, ein neues Wirtschaftssystem kann man nicht ausrufen, sondern es muss praktisch und planmässig vorwärtsgetrieben werden. Voraussetzung ist, dass man die Grundlagen der Gemeinwirtschaft beherrscht. Durch die Genossenschaft ist die Güterproduktion zu erobern. Die Reichsbahn und andere öffentlichen Einrichtungen müssen in den Besitz des Staates überführt werden.

-----

SPD. Der Verbandstag der Graphischen Arbeiter beschäftigte sich am Mittwoch in seiner Aussprache über die Tarif- und Lohnbewegung auch eingehend mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Allgemein kam die Auffassung zum Ausdruck, dass die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich von der graphischen Arbeiterschaft nur mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen werden könne. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die nicht gleichzeitig eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringe, müsse unbedingt abgelehnt werden.

Die enge Gemeinschaft zwischen dem Buchdrucker und dem graphischen Hilfsarbeiter wurde von dem Vertreter der Buchdrucker Schweinitz-Berlin besonders hervorgehoben. Jede Kampfmassnahme müsse, wenn sie einmal in Aussicht genommen sei, in engster Waffenbrüderschaft zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern durchgeführt werden. Schweinitz beleuchtete auch die Gefahr der von Tag zu Tag zunehmenden kommunistischen Gelbsucht. Die aus dem Verband ausgeschlossenen Belegschaften der kommunistischen Zeitungsbetriebe hätten auf einer Konferenz beschlossen, jeden Tag eine Stunde länger zu arbeiten, ohne dafür Bezahlung zu verlangen. Diese Mehrarbeit solle eine Sonderhilfe für die kommunistischen Parteigeschäfte sein. Zu gleicher Zeit verlange jedoch die Kommunistische Partei allgemein eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

In seinem Schlusswort zur Tarif- und Lohnbewegung betonte der Verbandsvorsitzende Hornke, die Stärke des Verbandes liege nicht in der Annahme langer Resolutionen, sondern in stiller, unablässiger Arbeit und Kampfbereitschaft. Der Vorstand habe volles Verständnis dafür, wenn die Kollegenschaft

für die Zukunft stärkste Aktivität des Verbandes verlange.

In der Statutenberatung, für die verschiedene Anträge auf wesentliche Erhöhung der Unterstützungsleistungen vorlagen, machte der Vorstand darauf aufmerksam, dass bei Aufrechterhaltung der bisherigen Unterstützung auch in Zukunft eine gute Entwicklung der Verbandsfinanzen garantiert werden könne. Der Verbandskassierer Iodahl wies zahlenmässig nach, dass bei Annahme der Anträge auf Ausbau der Unterstützungen gewaltige Geldmittel ausgegeben werden müssten. In der Abstimmung wurden alle Anträge, die eine Erweiterung der Sozialunterstützungen zum Ziel hatten, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

-----

SPD. Eine Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter des Gesamtverbandes nahm am Mittwoch zur Notverordnung Stellung. Sie fasste ihren Protest in zwei Entschliessungen zusammen. In der einen fordert die Konferenz Aufhebung aller Bestimmungen der Notverordnung, die das Tarifrecht einschränken, Einführung der 40-Stundenwoche mit Gewährung von Lohnausgleich und Einstellungszwang von Erwerbslosen, baldige Durchführung der Reichsreform, Freigabe langfristiger Kredite für die öffentliche Wirtschaft, Abbau der Zölle, Abkehr von der Subventionspolitik, Ausbau der Erbschaftssteuer, Schaffung von Reichshandelsmonopol, Kontrolle der Kartelle und Monopole, Förderung des Genossenschafts- und Siedlungswesens, Herabsetzung der hohen Pensionen von früheren Beamten und Offizieren sowie Ausschaltung von Pensionären mit ausreichenden Einkommen aus dem Erwerbsleben.

Das Beamtensekretariat des Gesamtverbandes wird von der Konferenz in ihrer zweiten Entschliessung beauftragt, gemeinsam mit dem ADB bei den kommenden Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung entsprechend den bisher gefassten Beschlüssen und den Eingaben des ADB an den Reichstag für eine Beseitigung der unerträglichen Härten der Notverordnung alle Kraft einzusetzen.

-----

SPD. In den Personalvertretungswahlen der österreichischen Bundesbahnen hat die freie Gewerkschaft alle ihre Mandate behauptet. Wenn auch die Abstimmungszahl noch nicht endgültig feststeht, so ist bereits ein Ueberblick über die Mandatsverteilung möglich. Die freie Gewerkschaft besetzt wie 1926 von den 18 Mandaten des Zentralausschusses 14; auf die Deutsche Verkehrsgewerkschaft entfallen 3 Mandate, auf die Christlich-Deutsche Gewerkschaft 1 Mandat. Die Zusammensetzung des Zentralausschusses bleibt also dieselbe. In den Personalausschüssen bei den Bundesbahndirektionen ergibt sich ebenfalls keine Veränderung.

Aus dem Krankenkassenvorstand ist nunmehr der einzige "Nichtmarxist", der ihm bisher angehört hat, ausgeschieden. Dem Vorstand gehören nur noch freigewerkschaftliche Vertreter an.

Der Erfolg der freien Gewerkschaften ist umso grösser zu werten, als die Zahl der Wahlberechtigten gegen früher beträchtlich zurückgegangen. Nach den bisher vorliegenden Zahlen haben die Christlich-Sozialen etwa ein Fünftel ihrer Stimmenzahl vom Jahre 1926 verloren.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 24. Juni 1931

## Die Souks von Tunis.<sup>X</sup>

SPD. Tunis ist noch ganz Orient. Die Franzosen kamen hierher nicht als Feinde, eroberten das Land nicht mit der Waffe in der Hand, sondern sie halfen zunächst den Tunesiern, die allzu sehr in Schulden steckten, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Dass sie nach und nach aus Beschützern zu Herrschern wurden, das ist der übliche Lauf der Geschichte, aber es heisst noch immer, dass Tunis nur unter der Schutzherrschaft dem "Protektorat" Frankreichs steht, und jedenfalls haben die Franzosen den äusseren Charakter der Städte so gelassen, wie sie ihn vorgefunden haben; sie bauten nur daneben ihre europäischen Viertel. So ist denn Tunis orientalisch schön und sonderbar und bietet den Europäern Schauspiel, Belehrung, Einsicht in eine ferne Vergangenheit, die hier erhalten blieb, wie erstarrt, ein verzaubertes Land. Besonders stark ist dieser Eindruck einer im Schlummer verharrenden Welt in den Souks von Tunis. Kenner der arabischen Welt behaupten, dass die Souks in Fez noch grossartiger sind, aber die von Tunis sind unbedingt die schöneren durch das Spiel des Lichtes, das in die engen Gassen und Gässchen durch die Spalten in ihren Wölbungen und Ueberdeckungen hineinsickert, hier sein Spiel treibt, launisch, lustig, melancholisch. Denn die Souks sind kleine Läden und Werkstätten, die sich aneinander reihen in langen gewölbten Gängen oder, wenn sie einmal im Freien liegen, überdeckt werden von dichtem Rohrgeflecht. Hier in diesem Strassenlabyrinth hocken unzählige Menschen auf ihren Arbeits- oder Verkaufsbänken, und lassen die Welt draussen ihren fernen und unruhigen Lauf nehmen.

In den Souks ist es sehr ruhig trotz des emsigen Lebens, denn jeder Souk ist ein in sich abgeschlossenes Reich, in dem einige Menschen still und mechanisch ihrer Arbeit nachgehen. Es scheinen Gesetze und Regeln zu bestehen, die diese Welt beherrschen, denn man kann leicht feststellen, dass sich gewisse Handwerke an einer Stelle versammeln, und wenn man in einen langen Souk hineingerät, so kommt man an unzähligen kleinen Käfigen vorüber, in denen das Gleiche "fabriziert" wird, Mützen oder Schuhe oder Stoffe... In anderen Strassen wieder gibt es Lederwaren, Silberwaren, Teppiche, Parfüms. Diese Souks sind meistens wie kleine Schmuckstübchen eingerichtet; sie wirken anziehend fürs Auge und sind schon an und für sich eine Verlockung, eine Falle, die dem Käufer gestellt wird. Als Falle könnte man auch die äusserste Liebeshwürdigkeit der Inhaber deuten, die nicht ruhen, bis man "unverbindlich" in ihren Läden hineingekommen ist, sich die Dinge, die sie liebevoll ausbreiten, angeschaut hat und eine Tasse maurischen Kaffee mit dem "Freund" getrunken hat. Höflichkeit zeichnet die Sitten des Orients so sehr aus, dass diese übergrosse Zuvorkommenheit der Verkäufer vielleicht einfach als ein Bedürfnis dieser Menschen ausgelegt werden kann, zu denen wir als Boten aus einer anderen Welt hinabsteigen, aber fest steht auch dass man die neuen "Freunde" sehr gern zu Käufern machen möchte, und dass der sobehandelte Europäer meist entwaffnet ist und sich nun seiner Kauflust überlässt.

Sonderbar wirkt auf diesen Gast, Freund und Käufer, wenn er den Souk verlässt, die Aufschrift, die er gleich daneben sieht: "Musulmanischer Gottesdienst. Eintritt für Fremde verboten". Also ihren Gott behalten sie für sich allein, diese höflichen und freundlichen Menschen? Sie behalten auch wohl noch viel anderes für sich allein, das in der Tiefe ihrer Seelen schlummert, tief

verschleiert vor dem Auge des Fremden. Sie sprechen französisch, viele von ihnen sind auch schon weit gereist und haben Drocken von Deutsch, Englisch, Italienisch, Spanisch auf diesen Reisen gesammelt. Sie haben auch zu einem grossen Teil die europäische Kleidung bis auf den Fes angelegt, denn der tunesische Eingeborene ist ja der zivilisierteste in Nordafrika.

Einmal im Jahre aber kommt der Pey aus seinem Schloss in Marsa nach Tunis und begibt sich in die Souks. Es geschieht an einem Feiertag, aber in den Souks herrscht ein reges Leben. Sie sind noch schöner geschmückt als sonst, und der kleinste Handwerker wie der Besitzer der schönsten Teppichsammlung tragen feierliche Freude auf dem Gesicht geschrieben. In den Moscheen, die der Fuss eines Ungläubigen nicht betreten darf, werden feierlicher als sonst Gebete abgehalten. Der Islam lebt, und indem er lebt, ist er eine geheimnisvolle Kraft, die sich vielleicht zeitweise duckt, die sich aber wohl nie völlig ergibt. In dem Labyrinth der Souks lebt nicht nur das Handwerk, wie durch eine Zauberkraft erhalten, sondern es lebt noch der Orient, der Islam, jene Welt, die uns durch ihre Farbigkeit, ihr Anderssein entzückt, bis sie eines Tages sich wieder aufbäumt und, des Halbmondes gedenkend, Krieg erklärt allem, was fremd ist.

S.K.

-----  
Der Freiherr vom Stein.<sup>X</sup>  
-----

(Zu seinem 100. Todestage am 29. Juni)

...jeder, der nicht mechanische Ordnung, sondern freie Entwicklung und Veredelung der eigentümlichen Natur jedes Völkerstammes für den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft hält. Stein.

SPD. Einen Masstab für die Grösse und Bedeutung Steins bietet der sture Hass, mit dem ihn die Anhänger der "guten, alten Zeit" innerhalb und ausserhalb Preussens verfolgten. Die ostelbischen Junker schmähten ihn als "Jakobiner" und denunzierten ihn dem König von Preussen wegen seiner angeblich republikanischen Prinzipien, dem Kaiser von Oesterreich als "Mann von antifeudalen Grundsätzen". Alle hinterpommerschen Granden jubelten bei der zweiten Entlassung des Ministers Stein im Winter 1808 mit dem General York, dass jetzt "ein unsinniger Kopf" zertreten sei. Friedrich Wilhelm III. hatte sich schon einmal dieses "widerspenstigen, trotzigem, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdieners" entledigt, und selbst Napoleon, dem dieser leidenschaftliche Patriot ein Dorn im Auge war, machte sich die Argumente der reaktionären Widersacher des Reformers zu eigen: "Er wollte das Gesindel gegen die Besitzenden aufwiegeln".

Nichts kann denn auch grotesker sein, als wenn die Hakenkreuzler, die ausser ein paar obskuren Hepp=Hepp=Schreiern früherer Judenhetzen in der gesamten Geschichte keine Vorbilder für ihre barbarische Weltanschauung zu entdecken vermögen, diesen reichen und reinen Geist für sich in Anspruch nehmen. Gewiss, er war den Israeliten nicht grün; gewiss, er verabscheute Banken und Börse; gewiss, er schwärmte romantisch für "die alte deutsche Biederkeit und Treue"; gewiss, er zeigte durch manche seiner Meinungen, dass er nicht umsonst 1757 - das hiess, politisch genommen, im Mittelalter - geboren war. Aber dem Staate, der das ausgesprochene Ideal der Hitlerei ist, dem Preussen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., bezeugte er eine noch weit grimmere Abneigung als dem Judentum und dem Börsenspiel; dieses alte Preussen suchte er um- und umzukrempeln, und was ihn dabei leitete, war keineswegs das "völkische" Geschwafel vom "Führertum", sondern der grosse Gedanke der Selbstverwaltung, des unbevormundeten, sich selber regierenden Volkes, der Demokratie, kurz, jener dem Erbgute der französischen Revolution entstammende Gedanke, der jeden echten Nazimann in Wutkrämpfe wirft.

Was den Reichsfreiherrn Carl vom und zum Stein von dem so eingebildeten wie ungebildeten Grundadel Ostelbiens unterschied, war seine Herkunft. Als gebürtiger Nassauer wurzelte er mit allen Fasern seines Seins in dem Westdeutschland, in dem die Bauern freier, die Bürger selbständiger, die Gewerbe entwickelter und die Junker von echtem Schrot und Korn unbekannt waren. Mit dem Selbstbewusstsein des hochkultivierten Rheinländers sah er noch 1811 in den Bewohnern der "sandigen Steppen" der Mark "pfiffige, herzlose, hölzerne, halbgebildete Menschen", die eigentlich nur zu Korporalen und Kalkulatoren taugten, und hielt es allezeit für Preussen Unglück, "dass die Hauptstadt in der Kurmark liegt". Bei der Bedeutung, die Preussen gewinnen sollte, war es zugleich das Unglück Deutschlands, dem Steins ganzes Dichten und Trachten galt. Denn vom Scheitel bis zur Sohle stand er als das Gegenteil dessen da, was man so einen preussischen Patrioten nannte: Preussen? Es mochte ruhig von der Landkarte verschwinden, wenn es seinen deutschen Beruf nicht erfüllt! Preussen? Ein blosses Mittel zum Zweck nicht mehr! Der Zweck hiess Deutschland! Mit schier revolutionärer Glut ergriff Stein die Idee der deutschen Einheit; alles, was sich ihr an Dingen und Menschen widersetzte, bedachte dieser von einem Dämonion getriebene, ungestüme Feurgeist mit unauslöschlichem Hass. Schon als junger Beamter in den westlichen Teilen der preussischen Monarchie war er, ein einsichtiger Vorläufer des Norddeutschen Zollvereins, daran gegangen, die Handel und Verkehr hemmenden Binnenzölle in seinem Verwaltungsgebiete niederzulegen. In der Zeit, da er alle Spannkraft seiner Seele auf die Abschüttelung des napoleonischen Jochs sammelte, sprach niemand so kühn und ungeberdig wie dieser hochgeborene Staatsminister von dem "Lumpengesindel der deutschen Fürsten", deren Selbstsucht das grosse Werk verhinderte, und ohne Rücksicht auf das sogenannte "Recht der Legitimität" wollte er jeden Herrscher davongejagt wissen, der sich im Kampfe gegen Frankreich versagte: "Ich habe", so verkündete er, "nur ein Vaterland, das heisst Deutschland; mir sind die Dynastien in diesem Augenblick grosser Entwicklung vollkommen gleichgültig". Eitel Bitternis war es denn auch für ihn, dass diese Zeit der Umwälzungen und Umstürze schliesslich mit dem Wechselbalg des Deutschen Bundes niederkam, keinem deutschen Staate, sondern einer Vielheit von Staaten, die einander als Ausland behandelten. Da hätte er doch die Wiedererweckung des alten Reiches, die deutsche Kaiserkrone auf der Stirn eines Mitglieds des Hauses Habsburg vorgezogen, dem er in einem Winkel seines Herzens zärtlichere Neigung bewahrte als allen Hohenzollern zusammen.

Als im Oktober 1806 bei Jena und Auerstädt das alte Preussen, das Preussen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., der Idealstaat der Hakenkreuzler, schmählich zusammenbrach, erkannte Stein als einer der ersten, dass die Revolution, die am Ende doch der Franzosenkaiser verkörperte, nur mit ihren eigenen Waffen zu schlagen sei; mit den weitsichtigsten Militärs wie Scharnhorst und Gneisenau ging er darin einig, dass das Massenaufgebot freier Bauern, aus dem sich das napoleonische Heer zusammensetzte, nicht durch Söldner, geführt von Junkern, sondern nur durch ein Massenaufgebot freier Bauern, geführt von Bürgern, besiegt werden könnte. Zu diesem Ende musste der preussische Zwangsstaat, der nur von oben gegängelt, stumm kuschende Untertanen kannte, der Staat des Absolutismus und Feudalismus zerbrochen werden. Schon seit jeher teilte Stein die Meinung, dass "der Zustand des Landmanns, der ihm persönliche Freiheit und Eigentum sichert", am erstrebenswertesten sei, und schon in jungen Jahren verfocht er die Ansicht, dass der Bürgerstand "dem Staat die aufgeklärtesten und tätigsten Menschen zu liefern pflegt". Jetzt, die ungestüme Presserin, die Not, hinter sich, setzte er 1807 die Bauernbefreiung mit der Aufhebung der Erbuuntertänigkeit durch: "Nach dem Martini-Tag 1810 giebt es nur freie Leute!", und legte durch die Städteordnung von 1808 die Verwaltung der städtischen Gemeinwesen in die Hände ihrer Bürger; dazu kam die provinzielle Selbstverwaltung durch Ständeversammlungen und eine Verwaltungsreorganisation, die den Einfluss der Schreiberkaste eindämmen sollte. Das Ganze diente ebenso wie die Entket-

tung von Handel und Gewerbe dem einen Ziele, die individuellen Kräfte zu entfesseln, aus einem toten Mechanismus einen lebendigen Organismus zu machen und "einen Gemeingeist zu bilden"; wie den anderen Reformern, von denen er keineswegs am weitesten ging, schwebte ihm vor "in Deutschland ein Zustand der Dinge, der es in den Stand setzt, dem Auslande zu widerstehen, und der seinen Bewohnern Sicherheit und Eigentum gegenüber den Regierungen verbürgt", also der durch die Nation getragene moderne Verfassungsstaat des neunzehnten Jahrhunderts, wie ihn in Frankreich die Grosse Revolution geschaffen hatte.

Aber während in Frankreich die Revolution das Werk einer selbstbewussten aufsteigenden bürgerlichen Klasse war, senkten sich in Preussen die Reformen als Segen von oben auf ein Volk von demütigen Untertanen nieder; das unentwickelte Bürgertum, ohne Saft und Kraft und ohne jedes Selbstvertrauen, versägte auch dann, als es an der Hand emporgerissen wurde: "Steh auf und wandle!" Deshalb blieben die Reformen Steins, angesichts des zähen junkerlichen Widerstandes, ebenso im dürren Sande der Mark stecken, wie sich seine auf die deutsche Einheit abzielenden hochfliegenden Pläne nicht auf die ebene Erde herabsenkten; deshalb mochte er bei all seinen Entwürfen auch nur die Eigentümer als Grundlage des Staates ins Auge fassen und ignorierte, wie es sein Biograph Max Lehmann ausdrückt, "die Schichten unterhalb der Bürger und Bauern, die doch auch zur Nation gehören: die Häusler und Tagelöhner auf dem Lande, die Gesellen und Fabrikarbeiter in den Städten". Aber ob in der Zeit der Demagogenhetze, die auch nach ihm ihr Gift spritzte, nagende Enttäuschung sein Teil war, verlor er doch nicht den Glauben an das, was er 1809 in einem Brief an Gneisenau aussprach: "Die Verbesserung des Zustandes der unteren Volksklassen, die in Umlauf gebrachten liberalen Ideen über Verfassung werden bleiben und sich entwickeln". Das war, wie so manches andere aus dem gleichen Munde, ein prophetisches Wort.

Denn mag uns, die am 29. Juni ein ganzes Jahrhundert von Steins Tod scheidet, auch noch so vieles von den Anschauungen des Reichsritters trennen, der recht eigentlich auf der Schneide zweier Zeitalter stand, so kämpft doch auch die Sozialdemokratie heute denselben guten Kampf, in dem er sich verzehrte: gegen Kastendünkel und Klassenselbstsucht, gegen eine für den Untergang reife alte Welt für "die Melioration der menschlichen Begriffe".

Hermann Wendel.

---

### Der entmutigte Haarwuchs.<sup>x</sup>

---

Von Weare Holbrook (New York)

SPD. Ein kahlköpfiger Mann ist stets auch ein gläubiger Mann. Er mag sich über die geheiligtesten Traditionen kühn hinwegsetzen, die Liebe als einen chemischen Prozess auffassen und von der Religion als von einem Aberglauben sprechen; aber sobald ein neues Haarwuchsmittel auf den Markt kommt, wird er wieder gläubig.

Herr Enthwistle zum Beispiel lässt alle sechs Wochen seinen Kopf rasieren und flösst jedesmal, wenn er unerwartet mit nacktem Skalp erscheint, neuen Schrecken ein. Wenn er seinen Hut abnimmt, ist es, als ob der Mond plötzlich aus einer Wolke auftauchte. Denn nur so, meint Herr Enthwistle, könne das neue unfehlbare Haarwasser seine Wirkung tun.

In solchem Stadium sind die Opfer herzlich gern bereit, gute Ratschläge entgegenzunehmen.

"Befeuchte niemals dein Haar mit Wasser!" sagte der eine. "Wasser zerstört das natürliche Fett des Haarbodens. Hast du jemals einen kahlköpfigen Indianer gesehen?"

"Nein", sagt das Opfer.

"Natürlich nicht. Indianer waschen nie ihre Haare. Sie lassen sie so, wie



die Natur sie wachsen lässt."

"Trage niemals einen Hut!" rät ein anderer. "Ein Hut behindert die Blut-zirkulation. Hast du jemals einen kahlköpfigen Indianer gesehen?"

"Nein", antwortete das Opfer.

Natürlich nicht. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Indianer seit Generationen barhäuptig gehen!"

"Du musst deine Haare jeden Morgen mit Fett einreiben", rät ein dritter. "Nur das tierische Fett befördert das Wachstum der Haare. Hast du jemals einen kahlköpfigen Indianer gesehen?"

"Nein", antwortet das Opfer auf der Stelle.

"Natürlich nicht", fährt der Ratgeber fort, "und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Indianer ihre Haare mit Biberfett einreiben. Eine alte India-nergewohnheit".

So versucht das Opfer die Kein=Wasser=Kur, die Keinen Hut=Kur und die Fett=Kur. Oder er begibt sich in den wilden Westen, um einen kahlköpfigen In-dianer zu suchen.

Nach Ansicht der Gelehrten nimmt die Kahlköpfigkeit in allen zivilisier-ten Ländern zu. Als Ursache hat man schon so ziemlich alles vom Zelluloidkamm bis zu den Benzindämpfen verantwortlich gemacht. Aber der wichtigste Grund für das Welken und Fallen der Skalplocken ist vielleicht der, dass ihnen nicht mehr jene mitfühlende Aufmerksamkeit zuteil wird, an die sie sich gewöhnt haben. Der Friseur der guten alten Zeit pflegte ein persönliches und lebhaftes Interesse an ihrem Wohlergehen an den Tag zu legen. Der moderne Friseur dagegen ist ein schweigsames Wesen. Der Geschwätzigkeit bezichtigt hat er sich heute eine dü-sterere Schweigsamkeit zu eigen gemacht. Eine New Yorker Barbierstube gleicht heute einem Operationssaal.

Kürzlich besuchte ich einen solchen Operationssaal, um mir die Haare schneiden zu lassen. Ueberall waren Spiegel angebracht, und eine doppelte Rei-he weissgekleideter Gehilfen schien sich unendlich auszudehnen. Doch kein an-deres Geräusch war zu vernehmen als das Klappern der Scheren und das des Schleifens der Rasiermesser. "Haare schneiden", sagte ich, mich niedersetzend. Meine Stimme klang wie ein Lautsprecher von besonderer Stärke durch den stil-len Saal, und von allen Seiten wurden mir vorwurfsvolle Blicke zugeworfen. Das Manicurefräulein legte ihre Feile beiseite und lehnte sich zurück, um den selt-samen Neuankömmling besser beobachten zu können. "Haarschneiden, bitte!" lispel-te ich nun. Doch der Operateur war bereits am Werke. Er schnitt rasch und mit grosser Geschicklichkeit. Ich merkte, dass er ein ausgezeichnete Fachmann war, und ich beschloss, mir seine Sympathien durch eine interessante Unterhaltung zu erwerben. "Glauben Sie, dass die Baseballmannschaft von Philadelphia dies Mal wieder die Meisterschaft erringen wird?" fragte ich.

"Wie beliebt der Herr?" entgegenete er.

Eine Wiederholung meiner Frage erschien mir aussichtslos. Wenn sich je-mand für Baseball nicht interessiert, so interessiert er sich eben nicht dafür. Ich versuchte eine andere Form der Annäherung. "Es sieht so aus, als ob Shar-key nun doch gegen Malarkey kämpfen würde", sagte ich.

"Ach, wirklich?" antwortete mein Friseur, ohne seine Schere auch nur einen Augenblick ruhen zu lassen. "Ich wusste gar nicht, dass die beiden einander feindlich gesonnen sind".

Peinliches Schweigen. Ich machte einen dritten Versuch. "Glauben Sie, dass die Wahlen irgendetwas an der Prohibition ändern werden?" fragte ich schüch-tern. "Vielleicht wird man wieder in aller Oeffentlichkeit seinen Whisky trin-ken können..."

"Mir leider nicht bekannt", war die Antwort.

Die Operation näherte sich ihrem Ende. Ich musste ihn zum Sprechen brin-gen. "Wird mein Haar nach oben zu nicht allzu dünn?" fragte ich schliesslich.

"Nicht nennenswert".

"Ist meine Kopfhaut nicht zu trocken?"

"Nein, Herr".

"Glauben Sie nicht, dass eine Alkoholwaschung gut wäre?"

"Wenn Sie es wünschen, werde ich sie vornehmen."

"Wie wäre es, wenn wir die Haare ein wenig kräuselten? Das soll gut für die Haarspitzen sein."

"Diese Theorie ist mir bekannt", antwortete er, "hat aber meines Wissens keine wissenschaftliche Berechtigung".

Nur ungern erhob ich mich, zahlte und ging meines Weges - mit nichts weiter als geschnittenen Haaren. Unter der Herrschaft des alten Regimes wären mir zumindest eine alkoholische Haarwaschung, eine Oeleinreibung und eine Gesichtsmassage zuteil geworden. Ich hätte den Laden geölt und geknetet, geschüttelt und mit zahllosen Salben eingefettet, nach Bayrum riechend und hundert Baseball- und Boxergeschichten und politischen Tratsch im Ohr, verlassen. Und ich bleibe dabei, dass die Gleichgültigkeit des modernen Friseurs in hohem Grade schuld ist an der zunehmenden Kahlköpfigkeit der Menschheit. Die kleinen Haarwurzeln werden entmutigt, da ihnen der freundliche Zuspruch des Barbiers von früher fehlt, der jedem einzelnen Haar teilnehmende Beachtung schenkte, einem jedesmal eine Kollektion von Haarwuchsmitteln verkaufen wollte und sämtliche Baseballresultate im Kopfe hatte. Ein wenig freundlicher Zuspruch, ein paar Worte der Ermunterung seitens der Friseure, und die Haarwurzeln - ich bin dessen sicher - würden sich eines besseren besinnen. Es ist die Ermunterung, die ihnen fehlt.

(Autorisierte Uebersetzung von  
Leo Korten.)

---

#### Buchkuriositäten.<sup>x</sup>

---

SPD. Die Bibliothek in Kopenhagen verwahrt seit dem Jahre 1823 die Reste eines äusserst wertvollen Buches, das den Parsen - die noch heute eine Gemeinschaft von Feueranbetern bilden und sich über Persien und gewisse Teile Indiens verteilen - als grösstes Heiligtum gilt. Es enthält nämlich die Lehre des grossen Parsenpropheten Zoroaster (Zarathustra) und ist ursprünglich ein Buch von merkwürdigem Ausmass gewesen, denn es bestand aus 12000 zusammengebundenen Ochsenhäuten, auf denen alles, was Zoroaster getan, gesagt und gelehrt hatte, niedergeschrieben war. Zuerst wurde es von den Parsenpriestern mit anderen heiligen Büchern in dem bedeutendsten Tempel der Feueranbeter in Persien verwahrt. Als dieser von Mohammedanern zerstört und niedergebrannt wurde, rettete der Oberpriester des Tempels unter Lebensgefahr das heilige Buch in letzter Minute. Tödlich verletzt und mit Brandwunden übersät schleppte er sich mit seinem Schatze zu seinen Freunden und bat sie, das Buch über die Grenze in Sicherheit zu bringen. Sein Wunsch wurde erfüllt. Man brachte das Werk nach Indien; wo man es in dem Parsentempel in Bombay niederlegte. Wie es von dort nach Kopenhagen gekommen ist, konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden, denn es ist nicht anzunehmen, dass die parsischen Priester ein derart heiliges Buch einem Land- und glaubensfremden Gelehrten schenkten, wie das von dem Uebringender des Werkes behauptet wird. Von ihm weiss man nur, dass es ihm verhältnismässig schnell gelang, die Freundschaft der sehr misstrauischen und schwer zugänglichen Parsenpriester zu erringen, und dass er mit ihrer Hilfe wichtige Uebersetzungen aus ihren uralten Büchern gemacht hat. Nach Beendigung seiner Forschungsarbeiten kehrte er in seine Heimat zurück und machte seiner Vaterstadt Kopenhagen unter anderem auch das oben erwähnte Buch zum Geschenk.

Ein anderes merkwürdiges Buch befindet sich in der vatikanischen Bibliothek in Rom. Lange bevor die Buchdruckerkunst erfunden war, wurde es von gelehrten jüdischen Schriftkünstlern angefertigt. Es stellt eine hebräische Bibel von ziemlichem Gewicht dar; mit ihren massiven Einbanddeckeln wiegt sie fast

3½ Centner. Im Mittelalter war dieses Werk für die jüdische Bevölkerung Roms ein hohes Heiligtum, ging ihnen jedoch bei irgendwelchen Unruhen verloren und gelangte auf nicht ganz geklärte Weise in die Bibliothek des Vatikans. Als die Juden erfuhren, dass ihre heilige Bibel dort sei, taten sie sich mit ihren Glaubensgenossen aus den anderen italienischen Landen zusammen, und baten durch ihre vornehmsten Vertreter, das sogenannte Notabeln-Syndikat, den Papst Julius II. um Ueberlassung des für sie so wertvollen Buches, dessen Gewicht sie mit Gold aufzuwiegen versprechen. Nach unserm Gelde boten sie also eine Summe von über zwei Millionen Mark. Merkwürdigerweise lehnte aber Julius II. das ausserordentliche Angebot des Notabeln-Syndikats im Jahre 1512 ab, und so befindet sich das wertvolle Manuskript noch heute im Vatikan.

Seitdem wir die Buchdruckerkunst haben, sind zahlreiche merkwürdige Bücher gedruckt worden. So liess z.B. die Familie Rothschild das von einem ihrer Angehörigen verfasste biographische Werk mit Goldbuchstaben auf Atlasseide drucken. Das Buch kam nur in vierzig Exemplaren heraus und ist nur für die Mitglieder der Familie Rothschild bestimmt.

Zwei andre Buchkuriositäten befinden sich im Besitz der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Leningrad. Es sind zwei Gegensätze, denn sie stellen das grösste und das kleinste Buch der Welt dar, das seit Erfindung der Buchdruckerkunst erschienen ist. Das grosse Buch wurde im Jahre 1856 gedruckt und enthält eine Beschreibung der Krönung des Zaren Alexander II. Seine Länge beträgt 1½ Meter und sein Gewicht 24 Kilo. Der Einband besteht aus Saffianleder, und die Buchecken sind in Bronze gefasst. Das ganze Werk ist mit wundervollen Kupferstichen versehen. Das Gegenstück zu diesem Riesenbuche wurde im Jahre 1855 in der Staatsdruckerei in Petersburg hergestellt. Es enthält die Werke des russischen Fabeldichters Krylow und hat ein kleineres Format als eine Briefmarke. Die Lettern wurden für das Buch extra aus reinem Silber hergestellt; sie waren so klein, dass die Setzer stets mit der Lupe arbeiten mussten.

Dass es ausser den hier angeführten merkwürdigen Büchern auch noch andre gibt, z.B. wegen ihres Einbandes aus Menschenhaut interessant erscheinen, ist bekannt, aber die hier aufgeführten dürften doch wohl die eigenartigsten und seltsamsten sein.

Gotthard Brodt.

---

SPD. Proletarische Maifestspiele.<sup>X</sup> Unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung, die dem 1. Mai als proletarischem Feiertage zukommt, wird in Saalfeld für die Zukunft die Einrichtung proletarischer Maifestspiele geplant. Veranlasst wurde dieser Plan durch den aussergewöhnlichen kulturpolitischen und künstlerischen Erfolg der szenischen Uraufführung der proletarischen Kantate "Freie Erde" (Text: Max Barthel; Musik: Victor Korda) am 3. Mai dieses Jahres durch den Volkschor Saalfeld unter szenischer und musikalischer Leitung von Thilo Thiele (Jena). Für das nächste Jahr sieht das Programm dieser Festspiele neben einer Aufführung von "Freie Erde" die Uraufführung einer "Bergarbeiter-Kantate" von dem bekannten Arbeiterkomponisten Othmar Gerster und die szenische Aufführung des "Kreuzzug der Maschine" vor. Den Vorsitz des Festausschusses hat der bekannte sozialdemokratische Kulturpolitiker Staatssekretär i. W. Professor Dr. H. Baega (Jena) übernommen. Die künstlerische Leitung ist Thilo Thiele übertragen worden. Die organisatorischen Vorarbeiten haben bereits mit erfreulichem Erfolge begonnen.